

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 180

November 2009

€ 0,50

USA/NATO/Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Nieder mit dem imperialistischen Krieg in Afghanistan!



AFP

Trümmer am Ort des von der Bundeswehr befohlenen US-Luftschlags, bei dem am 4. September etwa 90 Afghanen starben

Die afghanischen Präsidentschaftswahlen vom 20. August waren nie etwas anderes als eine demokratische Fassade für die imperialistische Besetzung Afghanistans unter Führung der USA. Die wirklichen Herrscher sind die Massenmörder im Weißen Haus und im Pentagon. Am 4. September wurden bei einem Luftangriff der USA/NATO, von der Bundeswehr befohlen, in der Nähe von Kunduz etwa 90 Personen getötet. Dies war der letzte der fortwährenden Luftangriffe, durch die in Afghanistan und auf der anderen Seite der Grenze in Pakistan Tausende niedergemetzelt wurden.

Von größerer Bedeutung als die Wahlen ist jedoch die Tatsache, dass die US/NATO/Bundeswehr-Besatzer militärisch an Boden verloren haben. Der Aufstand der Taliban, die zum größten Teil Paschtunen sind, hat jetzt ungefähr 40 Prozent der Provinzen des Landes erfasst. Die Regierung hat inzwischen keine Kontrolle mehr über den größten Teil Südafghanistans, und die Situation in den größeren Städten wie Kabul und Jalalabad ist sehr angespannt. In der südlichen Provinz Helmand, einer Hochburg der Taliban, haben sich durch Obamas Truppenverstärkung die Kämpfe weiter verschärft. Die Bundeswehr-Besatzer im Norden Afghanistans haben das Feigenblatt des „zivilen Aufbaus“ endgültig abgelegt und erscheinen offen als das, was sie immer waren: brutale imperialistische Besatzer, die Krieg gegen die Zivilbevölkerung führen.

Die brutale militärische Besetzung durch die USA, Britanien und andere NATO-Kräfte und die damit einherge-

henden Gräueltaten haben insbesondere bei den Paschtunen, die mit ungefähr 42 Prozent die größte ethnische Gruppe Afghanistans darstellen, erbitterten Widerstand angefacht. Wenige Tage nachdem die USA am 4. und 5. Mai bei einem fortgesetzten Bombenangriff auf drei Dörfer in der westlichen Provinz Farah über 100 Zivilisten getötet haben, brachten tausende Dorfbewohner aus der Umgebung 15 neu entdeckte Leichen zum Haus des Provinzgouverneurs und riefen „Tod für Amerika“ und „Tod der Regierung“. Wie nicht anders zu erwarten war, haben sich viele Paschtunen immer mehr den wieder erstarkenden Taliban und anderen Kräften angeschlossen, und zwar sowohl in Afghanistan als auch auf der anderen Seite der pakistanischen Grenze, die künstlich geschaffen wurde und ethnische Gruppen auseinanderreißt. US-Luftangriffe auf Pakistan haben unter Obamas Präsidentschaft merklich zugenommen.

Jetzt trifft die Obama-Administration Vorbereitungen, die 68000 bereits stationierten Soldaten um weitere 45000 zu verstärken. Obama übertrug kürzlich Generalleutnant Stanley McChrystal, einem Kommandeur für „Spezialeinsätze“, den Oberbefehl der US/NATO-Truppen in Afghanistan. Ein Artikel der *Washington Post* vom 13. Mai beschrieb die „Menschenjäger“-Qualitäten seiner Kommandoeinsätze im Irak, Afghanistan und Pakistan: „Als Kommandeur des geheimen militärischen Joint Special Operations Command (JSOC) hat McChrystal seit 2003

Fortgesetzt auf Seite 2

Sowjetische Intervention von 1979 brachte sozialen Fortschritt



Planeta

Kabul, 80er-Jahre: Frauen hatten Zugang zu Bildung

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 1

federführend fast fünf Jahre lang eine Kampagne angeleitet, die der Perfektion der Kunst dient, Feinde aufzustöbern und sie dann gefangen zu nehmen oder zu töten.“ Im Irak beauftragte das JSOC ein von Sondereinheiten betriebenes Folterzentrum namens Camp Nama für die Gefangenen.

Aufgrund der zunehmenden Opposition gegen die Besetzung Afghanistans beschwört Obama den „Krieg gegen Terror“, „nationale Einheit“ und Furcht – wie schon sein Vorgänger Bush. Am 17. August verkündete er vor einem Publikum von Veteranen: „Dies ist kein Krieg unserer Wahl. Es ist ein Krieg der Notwendigkeit. Diejenigen, die am 11. September Amerika angegriffen haben, verschwören sich, um es wieder zu tun. Wenn der Aufstand der Taliban nicht aufgehalten wird, würde er eine noch größere Zuflucht bieten, von wo aus Al-Kaida die Tötung von weiteren Amerikanern planen würde.“ Auch in Deutschland wird mit dem „Krieg gegen den Terror“ Angst geschürt, um immer schärfere „Sicherheits“gesetze durchzupeitschen: Das Münchner Oktoberfest wurde in eine von schwerbewaffneter Polizei belagerte Zone verwandelt, angebliche Islamisten wurden ohne Grund verhaftet, und seit kurz vor der Bundestagswahl gehören Polizisten mit Maschinenwaffen zum alltäglichen Straßenbild. Das dient sowohl der Einschüchterung der Bevölkerung als auch zur Begründung für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Unser Ausgangspunkt ist proletarische Klassenopposition gegen die kapitalistischen Herrscher, egal ob hier oder in den USA, und gegen das imperialistische System als Ganzes. Im Vorfeld der Invasion in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 riefen wir zur militärischen Verteidigung dieser Länder auf, ohne den reaktionären, Frauen hassenden Taliban-Mörderbanden oder der kapitalistischen Diktatur Saddam Husseins irgendwelche politische Unterstützung zu geben. Heute treten wir für die militärische Verteidigung dieser Kräfte ein, insofern sie ihre Schläge gegen die imperialistischen Besatzer richten, und geben ihnen dabei nicht die geringste politische Unterstützung. **Alle US-Truppen raus aus Irak und Afghanistan, sofort! Hände weg von Pakistan! Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan!**

DIE LINKE, Afghanistan und der deutsche Imperialismus

Die SPD/Grünen-Bundesregierung unter Schröder und Fischer nutzte nach dem Balkankrieg 1999 die Anschläge des

11. September 2001 dazu, nun endlich die Bundeswehr auch außerhalb Europas einsetzen zu können. Das Ziel war und ist die imperialistische Unterjochung Afghanistans im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“. Um Unterstützung für diesen Feldzug unter der weitgehend pazifistisch eingestellten Arbeiterklasse zu gewinnen, hat man die fürchterliche Unterdrückung der afghanischen Frauen demagogisch ausgenutzt, als ob der Krieg und die Besetzung Afghanistans auch zur Befreiung der Frauen geführt würden. Nach acht Jahren imperialistischer Besetzung sind die afghanischen Frauen so unterdrückt wie eh und je. Die SPD/Grünen-Regierung stand Pate für das Karzai-Regime, welches bei einer Konferenz auf dem Bonner Petersberg am 5. Dezember 2001 als Handlanger seiner imperialistischen Herren inthronisiert wurde. Bis zu dem Massaker von Kunduz wurde von der Regierung immer wieder versucht, diesen Krieg als humanistischen Einsatz darzustellen und das Wort „Krieg“ zu vermeiden. Tatsächlich aber war die Bundeswehr an allen Sauereien in Afghanistan genauso beteiligt wie der US-Imperialismus. Zu den Folterern von Murat Kurnaz, der 2001 in Pakistan verhaftet, in Afghanistan und Guantanamo gefangen gehalten wurde, gehörten auch deutsche KSK-Soldaten in einem US-Lager in Afghanistan. Ex-Außenminister Steinmeier (SPD) ist direkt verantwortlich dafür, dass Kurnaz jahrelang unschuldig im Folterknast Guantanamo war.

DIE LINKE hatte als eine ihrer zentralen Forderungen bei der Bundestagswahl: „Raus aus Afghanistan!“ Damit versuchte sie die immer kritischere Stimmung gegen den Krieg in Afghanistan in Wählerstimmen umzuwandeln. Sie spricht gern von sich als der einzigen Antikriegspartei. Kaum aber machte die SPD vor den Wahlen Töne, dass sie eine Koalition mit der Linken nicht mehr ausschließe, wenn diese nur ihre Opposition gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aufgabe, schon wurde bei vielen Führern der Linken aus dem „Raus“ ein „ehrlicher Zeitplan“ für den Abzug, für den man die SPD gewinnen will. Bodo Ramelow stellte in dem Interview mit *Welt am Sonntag* am 4. Oktober auch ganz klar: „Uns geht es nicht um einen sofortigen Abzug.“ Oskar Lafontaine dementierte dies zwar umgehend: „Die Position der Partei ist klar: Wir sind für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.“ Er selbst hatte aber der *Sächsischen Zeitung* am 16. September erklärt: „Sofort heißt natürlich nicht kopflos“, und klargestellt, dass die Regierung die Modalitäten eines Rückzugs mit „den Partnern“ klären müsse.

Fortgesetzt auf Seite 17

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde GmbH,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Oktober 2009

Nr. 180

November 2009

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Nieder mit Klassenkollaboration zwischen ver.di und Hafengebissen!

Bremerhaven: Für die Wiedereinstellung aller entlassenen GHB-Arbeiter!

In Bremerhaven spielt sich ein Szenario ab, das grell beleuchtet, wie die Arbeiter für die von den Kapitalisten verursachte Wirtschaftskrise bezahlen sollen. Der Warenumsatz in den Häfen ist massiv eingebrochen. Den Containerumsatz in Hamburg traf es mit fast 30 Prozent Rückgang, den Automobilschlag in Bremerhaven mit 52 Prozent. Die Hafengebisse vermeldeten, sie benötigten von den 2700 Beschäftigten des Gesamthafenbetriebsvereins (GHB) in Bremen und Bremerhaven nur noch 1100. Der GHB, gemeinsam von der Gewerkschaft ver.di und den Hafengebissen betrieben, verleiht Arbeiter im Bereich Hafen und Distribution. Gibt es keine Arbeit, werden die GHB-Beschäftigten aus der so genannten Garantilohnkasse bezahlt. Solange die Häfen einigermaßen boomten, war es sehr im Interesse der Bosse, schnell und flexibel auf qualifizierte Arbeitskräfte zurückgreifen zu können. Aber jetzt wollen sie aus ihren Profiten nicht die nötigen höheren Beiträge in die „Garantilohnkasse“ zahlen. Um die drohende Pleite des GHB abzuwenden, entschied der „Ausschuss für Personal und Arbeit“, paritätisch besetzt durch die Hafengebisse und die Gewerkschaft ver.di, dass die Arbeiter die Zeche zu zahlen haben. Harald Bethge, Landesfachbereichsleiter Verkehr bei ver.di, posaunt seine verräterische Position hinaus: „Es sei wichtig, Mitarbeiter schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen, um das Unternehmen handlungsfähig zu halten, argumentiert er. Auch die geringe Abfindung hält er für gerechtfertigt: Sie orientiere sich an der Garantilohnkasse des GHB“ (taz.de, 26. Juli).

Das Konzept, dass die Gewerkschaft gemeinsam mit den Kapitalisten einen Betrieb führt, lehnen wir Kommunisten prinzipiell ab (auch in Hamburg, Lübeck und Rostock gibt es solche Vereine oder GmbHs). Diese angebliche „Sozialpartnerschaft“ basiert auf der Lüge, dass die Arbeiter gemeinsame Interessen mit „ihren“ Kapitalisten hätten, nach dem Motto „Wenn es der Firma gut geht, geht es allen gut“. Eine solche Klassenzusammenarbeit bedeutet bereits in normalen Zeiten die Unterordnung der Arbeiter unter die Profitinteressen der Kapitalisten. Und nun brachte die kapitalistische Wirtschaftskrise dieses System schnell an die Grenze des Zusammenbruchs. Wir Spartakisten kämpfen für die *Unabhängigkeit der Gewerkschaft* von den Kapitalisten und ihrem Staat. Gewerkschaftsbürokraten, die „mitbestimmen“ bei Entlassungen und Lohnkürzungen und vor allem um ihre Pfründe kämpfen und die kapitalistische Herrschaft nicht anrühren wollen, müssen durch klassenbewusste Arbeiter ersetzt werden. Gewerkschaftsvertreter haben nichts in gemeinsamen Ausschüssen, Aufsichtsräten usw. der Bosse zu suchen.

Die Beschäftigten der Hafengebisse verzichteten auf Überstunden und gingen verstärkt in Kurzarbeit, um GHBlern mehr Arbeit zu überlassen, von den Arbeitern dort als nachdrückliches Zeichen der Solidarität gedacht. Aber als SPD- und ver.di-Spitzen dies durchführten, wollten sie damit schon mal klarstellen, dass es nicht die Bosse, sondern ausschließlich die Arbeiter sein sollten, die Einbußen hinnehmen. Und dann ging es richtig los. Im Frühjahr schon wurden rund 900 Arbeitern ihre befristeten Verträge nicht verlängert. Und seit Ende Juli wurden noch mal über 100 GHBler entlassen und

217 bekamen „Änderungskündigungen“: Sie sollen in Bremen im Distributionsbereich, wo teilweise bereits seit vier Jahren ein entsprechender schlechterer Tarifvertrag gilt, für acht Euro arbeiten, was 50 bis sogar 65 Prozent weniger Lohn bedeutet. Einige Arbeiter mussten „Ergänzung“ durch Hartz IV beantragen, um überhaupt mit ihren Familien überleben zu können. Statt wirklich gegen Entlassungen zu kämpfen, gaben sich Betriebsrat und Gewerkschaft damit zufrieden, dass nicht wie von den Bosse gefordert 1600, sondern „nur“ 1000 Kollegen entlassen wurden. Nachdem die Entlassungen ausgesprochen waren, gab es dann plötzlich zu wenig Arbeitskräfte für kurzfristig angefallene Arbeiten – und die GHB-Führung setzte „rote Karten“, d. h. tageweise beschäftigte Arbeiter, ein und heuerte Leiharbeiterfirmen an. Das steigerte die Wut der GHB-Belegschaft auf die verräterische, mit den Bosse am „runden Tisch“ kugelnden Gewerkschafts- und Betriebsratsbürokraten noch mehr.

Ein Kampf ist notwendig für die Wiedereinstellung/Feststellung aller entlassenen Arbeiter bei vollem Hafengebissearbeiterlohn und die Rücknahme der Änderungskündigungen. Hafentariflohn für alle Hafengebissearbeiter, auch in ausgegliederten Bereichen wie der Distribution! Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohn! Die Ereignisse in Bremen und Bremerhaven sind eine Warnung für die Arbeiter in allen Häfen. Es geht darum, zu verhindern, dass durch die beispiellosen Angriffe der Bosse Hafengebissearbeiter wieder auf das Niveau von Tagelöhnern zurückgeworfen werden. Sich an die Regeln der Kapitalisten und deren „Sachzwänge“ zu halten untergräbt jede wirksame Verteidigung der Arbeiter. Aber ein effektiver Kampf kann nicht in Bremerhaven allein geführt werden, denn die Bosse können die Schiffe leicht

Spartakist-Abokampagne 2009

Stand Ende Woche 2 (25. Oktober)

Ortsgruppe	Stand	Quote
Berlin	75	100
Hamburg	73	80
Auf Entfernung	2	10
Gesamt	150	190

- Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

umleiten, um den Widerstand der Arbeiter in einem Betrieb oder einem Hafen zu brechen. Um die enorme soziale Macht der Hafendarbeiter zu mobilisieren, braucht man eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung mit internationalistischer Perspektive. Denn nur gemeinsamer Klassenkampf in Bremen/Bremerhaven mit den Arbeitern in Rostock, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam und anderswo, egal ob BLG, NTB, Eurogate, befristet oder fest, bietet überhaupt eine Basis, um die Angriffe abzuwehren und die Niederlage der Hafendarbeiter abzuwenden.

Das im Juli 2009 gebildete Komitee „Wir sind der GHB!“ fordert unter anderem die Rücknahme aller Entlassungen und Änderungskündigungen sowie „absolute Loyalität des GHBV Betriebsrates und der Gewerkschaft ver.di gegenüber allen Arbeitnehmern“. Was für ein Zeichen für den Verrat der ver.di-Gewerkschaftsbürokraten, dass eine solche Selbstverständlichkeit überhaupt gefordert werden muss! Aber auch das Komitee vertritt, dass sich Arbeiter für die GHB opfern sollen! Als Maßnahmen für die „Rettung der Arbeitsplätze“ schlagen sie vor: „einen Krisenhaustarif, vorübergehende Kürzung der Sozialleistung und Löhne usw.“ („Unsere Forderungen!“, www.wirsinderghb.de.vu, undatiert). Sie erklärten in einem Interview mit der LINKEN am 27. August: „Der GHB insgesamt musste gerettet werden, auch durch Stellenabbau, das akzeptieren wir“ (www.dielinke-bremen.de). Das gleicht der Forderung der Irreführer in ver.di und Betriebsrat, dass die Arbeiter die Gürtel enger schnallen müssen, während die Bosse ungeschoren davonkommen. Das Komitee fordert im Wesentlichen nur eine andere „Sozialauswahl“. Anstatt sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wer von den Arbeitern zuerst gehen muss und welche Kürzungen „nötig“ seien, ist eine Strategie von Klassenkampf notwendig gegen die Kapitalisten, deren System diese Krise hervorbrachte. Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, ohne Lohnverlust! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Tatsächlich setzt die rationale Verteilung der Arbeit auf alle die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion und erste Schritte der Planung voraus. Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution 1917, hat bereits im *Übergangsprogramm* (1938) dargelegt, dass es darum geht, „das Proletariat vor Zersetzung, Hoffnungslosigkeit und Verderben zu bewahren... Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden.“

Geschäftsleitung und Betriebsrat des GHB haben bei den Verhandlungen über einen Sozialplan eine „Einigungsstelle“ angerufen unter Vorsitz der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Bremen. Die Stimme dieser Vertreterin des Staates gab den Ausschlag für die Entscheidung des „Sozialplans“ der Geschäftsleitung. Der Betriebsrat übernahm es prompt, das schmutzige Werk der Bosse, Entlassungen und Änderungskündigungen, umzusetzen. Daraufhin sammelte ein GHBler Stimmen im Betrieb, um gerichtlich gegen den Betriebsrat vorzugehen und ihn auflösen zu lassen. Er erhält dabei Unterstützung vom Komitee. Aber das ist ein sehr falscher und gefährlicher Schritt! Wir lehnen es aus Prinzip ab, Gewerkschaften oder ihre Vertreter zu verklagen, denn wir sind gegen jegliche Intervention des kapitalistischen Staates in die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung muss selbst ihr Haus sauber halten! Der Staat ist nicht neutral oder unabhängig, sondern Instrument der Kapitalistenklasse zur Verteidigung ihres Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die Gerichte sind wie Polizei und Justiz Teil des staatlichen Repressionsapparates. Bei jedem Streik steht der Staat auf Seiten der Bosse und schützt die Streik-

brecher. Polizei raus aus dem DGB! Kapitalistische Regierung: Hände weg von den Gewerkschaften!

DIE LINKEN, neben der SPD die zweite bürgerliche Arbeiterpartei hierzulande, zeigte erneut ihre Funktion, die Arbeiter vom Kämpfen abzuhalten und sie stattdessen mit Illusionen in den bürgerlichen Staat abzulenken. Sie brachte einen Antrag in die Bremische Bürgerschaft ein: „Die Hafenbetriebe, allen voran die BLG, müssen daran gehindert werden, auf billige Leiharbeitsfirmen zu wechseln oder die Tarife zu senken“ (Drucksache 17/765, 23. April). Hier treibt sie zudem durch Hetze gegen Leiharbeiter einen Keil zwischen die „Stammebelegschaften“ und andere Arbeiter im Hafen.

Als das Komitee „Wir sind der GHB“ am 29. August in Bremerhaven eine Demonstration durchführte, beteiligten sich *Spartakist*-Verkäufer, um den Kampf für Wiedereinstellungen zu unterstützen und mit den Arbeitern über die Notwendigkeit der Klassenunabhängigkeit von den Kapitalisten und deren Staat zu diskutieren. Tatsächlich beteiligten sich an der Demo auch Arbeiter sogenannter „Fremdfirmen“, die von vornherein meist schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben und als erste entlassen werden. Die Rechte, die ihnen verwehrt sind, werden allen genommen! Ihre Beteiligung unterstreicht, dass die Forderung des Komitees „keine Unterwanderung von Fremdfirmen“ wirklich falsch ist und ins gleiche Horn wie der oben zitierte Antrag der Linkspartei stößt. Der Kampf für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung im Hafen beginnt bei der *Organisation der Unorganisierten und dem Kampf für gleichen Lohn für gleiche Arbeit*. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, das sicherzustellen! Für uns Kommunisten ist es das Ziel, Arbeiter von dem sozialdemokratischen Reformismus von SPD und Linkspartei zu brechen und sie für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei.

Auf der Demo am 29. August gab es auch ein Banner: „DANKE VERDI FÜR NIX“. Tatsächlich sind bereits Gewerkschaftsmitglieder ausgetreten, aus Wut über den Verrat der Gewerkschaftsführung. Mitglieder haben guten Grund, auf ihre Führung wütend zu sein. Aber sie müssen die probürgerliche Führung rausschmeißen, nicht die Organisation aufgeben! Gewerkschaftliche Organisation ist die Grundlage für jegliche erfolgversprechenden Kämpfe gegen die Bosse, denen alle Instrumente des Staates zur Verfügung stehen. *Jeder Austritt aus der Gewerkschaft schwächt die Kampfkraft gegen die Bosse*. Die Gewerkschaften wurden ursprünglich als Streikkassen aufgebaut, damit Arbeiter im Konflikt mit den Bossen nicht ausgehungert werden können. Wir kämpfen für starke Industriegewerkschaften und wollen sie mit einer neuen, klassenkämpferischen Führung zu Instrumenten des Klassenkampfes machen. Die Regel: ein Betrieb, eine Industrie – eine Gewerkschaft ist eine wesentliche Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die mit hohen Opfern erkämpft wurde. Nur so können Arbeiter gegen die Bosse vereint werden.

Die jetzige Krise zeigt plastisch, dass jegliche von den Arbeitern hart erkämpften Errungenschaften immer in Gefahr sind, solange das kapitalistische Ausbeutungssystem herrscht. Erst wenn der Kapitalismus in einer Revolution besiegt wird, muss niemand mehr um sein Auskommen fürchten. Diejenigen, die arbeiten und die Werte schaffen und den gesamten Lebenskreislauf der Gesellschaft auf diesem Planeten am Laufen halten, müssen herrschen. Internationale sozialistische Planwirtschaft und demokratische Kontrolle über Produktion und Qualität treten an die Stelle von Ausbeutung, Unterdrückung und kapitalistischer Konkurrenz. Um diese Perspektive in die Arbeiterkämpfe zu tragen, bedarf es einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, deren Aufbau sich die Spartakisten auf ihre Fahnen geschrieben haben. ■

Trotzkistischer Kampf für politische Revolution, Verteidigung der DDR

20. Jahrestag der vorrevolutionären Situation in der DDR

Das nachfolgend abgedruckte Spartakist-Flugblatt vom 15. November 1989 war das erste, das wir breit in der DDR verteilten. Bewaffnet mit dem trotzkistischen Programm, intervenierte die IKL massiv in die vorrevolutionäre Situation nach dem Fall der Mauer.

Arbeiter in der ganzen Welt, die die Wiedergeburt des wirklichen Kommunismus wollen, schauen auf die dramatischen Ereignisse in der DDR. „In Rußland wurde der Funke entfacht – in Deutschland wird es zur Flamme!“, diese Losung der KPD aus den 20er Jahren verkündete ein Banner auf der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin. Die Entwicklungen in der DDR stellen die *proletarische politische Revolution* unmittelbar auf die Tagesordnung. Das bedeutet, die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen und an ihrer Stelle *wirkliche Arbeiterräte* zu errichten, wie die, die in der Oktoberrevolution aufgebaut wurden, basierend auf dem vergesellschafteten Eigentum an Produktionsmitteln. Dies wiederum kann der Funke sein für die sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen.

In der Nacht des 9. November strömten Ostberliner über die Grenze nach Westberlin. Außer einer Handvoll kehrten

Spartakist-Flugblatt vom November 1989: „Für eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei! Arbeiterräte an die Macht!“

alle zurück. Kohl versuchte, auf einer „Siegeskundgebung“ in Westberlin zu sprechen, aber die Rede ging in Buhrufen und Pfiffen unter. Als er „Deutschland, Deutschland über alles“ im Chor singen wollte, sangen Brandt, Momper & Co. mit, doch es ging in einem neuen Pfeifkonzert unter. Und ein versuchter Nazi-Marsch zum Brandenburger Tor mit Republikaner-Führer Schönhuber an der Spitze wurde von demonstrierenden Massen unter Rufen von „Nazis raus!“ verhindert. Ostdeutsche Arbeiter jubeln darüber, daß die Mauer fällt, aber sie wollen keine revanchistische kapitalistische Wiedervereinigung.

Am 4. November hieß es auf einem Plakat: „Ungarn 56, China 89“, und das Gespenst, das umging bei der Bürokratie, war der Aufstand der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953, der erste in Osteuropa gegen stalinistische bürokratische Herrschaft. Die westdeutschen Revanchisten haben ihr Bestes getan, den 17. Juni zu usurpieren, und die ostdeutsche Bürokratie hat die gleichen Lügen über den Aufstand verbreitet. Aber der 17. Juni gehört der deutschen Arbeiterklasse! An diesem Tag riefen die ostdeutschen Arbeiter ihre Klassenbrüder und -schwestern im Westen dazu auf, gegen ihre kapitalistischen Herren aufzusteigen. Auf dem Bahnhof in Halle begrüßten Arbeiter Ankommende aus dem Westen mit dem Banner: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ Ulbricht



Andreas Schoelzel/Zenit

Ostberlin, 10. November 1989: SED-Basis demonstriert für eine grundlegende Erneuerung der Partei. Rechts: Trotzkisten rufen zu politisch-proletarischer Revolution auf



wurde nur durch sowjetische Panzer gerettet. In jedem Fall ist Verbrüderung mit der Roten Armee heute genauso nötig wie damals. Wo jetzt Bergarbeiter in Sibirien und Slask (früher Schlesien) gegen die verheerenden Auswirkungen der „Marktreforment“ streiken, können die ostdeutschen Arbeiter mit ihren Klassenbrüdern gemeinsame Sache machen und das Sprungbrett sein für proletarische politische Revolution in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion.

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime und errichtete östlich der Elbe einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat. Aber der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus und faschistischer Terror sind nicht auf den westdeutschen Nachfolgestaat des Dritten Reiches beschränkt. In Westdeutschland sind eingewanderte Arbeiter die ersten Opfer des faschistischen Terrors. Und jetzt finden ähnliche Angriffe in der DDR statt, z. B. auf vietnamesische Arbeiter. Feindseligkeit gegen eingewanderte Arbeiter, z. B. gegen Polen, kam sogar in den Massenprotestdemonstrationen zum Ausdruck, wie etwa in Dresden. Dem steht entgegen, was ein Banner am 4. November erklärte: „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien!“ Das bedeutet *volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter im Osten und im Westen!*

Heute zeigt ein Flügel der ostdeutschen Sicherheitskräfte seine Unterstützung für die revanchistische kapitalistische Restauration unter der Rubrik deutscher Nationalismus: sie klonen eine neue Generation faschistischer terroristischer Skinheads und anderen Abschaum, deren Existenz zu leugnen die Bürokratie auf jede erdenkliche Weise versucht hat. Auf einem Banner eines antifaschistischen Blocks am 4. November war zu lesen: „Weimar: 160 Nazi-Skins organisiert auf Menschenjagd“. Sogar diese riesige Demonstration war am Rand mit Faschisten aus West und Ost infiziert. So wie die russischen Arbeiter Pamjat zerschlagen müssen, so müssen sich Arbeiter/Minderheiten in Ost- und Westdeutschland organisieren, um diesen Abschaum *jetzt* zu zerschmettern!

Am 10. November forderte eine Demonstration von 50 000 SED-Mitgliedern in Ostberlin „Kein Ausverkauf der DDR“, „für reelle Pläne“ und „Zurück zu Lenin“. Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Die ostdeutsche Wirtschaft ist die erfolgreichste in Osteuropa. Zwar skandieren Arbeiter: „Gorbi, Gorbi, hilf uns“, aber im großen und ganzen lehnen sie Gorbatschows „Perestroika“ und „Marktsozialismus“ ab, die vom Balkan bis zum Baltikum und zum Kaukasus Elend und nationale Konflikte wuchern lassen. Ostdeutsche Arbeiter sind keineswegs bereit, die sozialen Errungenschaften aufzugeben, die sie erarbeitet haben. Versuche, eine antikommunistische „freie Gewerkschaft“ im Stil von Solidarność zu gründen, sind kläglich gescheitert.

Die Arbeiter in der DDR haben die Streiks sowjetischer Bergarbeiter gegen Perestroika aufmerksam verfolgt. Die Fabrikkomitees, die die Bergarbeiter organisiert haben, sind *im Keim wirkliche Arbeitersowjets*, die *der Schlüssel* dazu sind, die Wirtschaftsplanung durch die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Zwar gärt es gewaltig in den Betrieben, doch die Arbeiterklasse bleibt politisch atomisiert, d.h. bisher gab es keine Streiks, und die wären sofort *politisch*. Arbeiterräte müssen auf der Ebene der Produktion errichtet werden und Quantität und Qualität kontrollieren. Eine Input-Output-Analyse (entwickelt von dem in Rußland geborenen Ökonomen Leontief) – und zwar computergesteuert – kann es ermöglichen, daß Investitionen in Einklang stehen mit dem demokratisch kontrollierten Wachstum von Investitionen und Verbrauch.

Als am Freitag die Mauer zu fallen begann, stiegen die Aktien in Westdeutschland, weil die Frankfurter Bankiers und ihre Strohmannen von der SPD davon träumen, Ostdeutschland auszubluten, wie sie es mit Polen und Ungarn gemacht haben. Um die vergesellschafteten Eigentumsformen zu verteidigen und es mit dem Weltmarkt aufzunehmen, braucht die DDR eine stabile, leicht konvertierbare Währung (z.B. durch Gold gedeckt wie der sowjetische

Tscherwonez 1923). Aber ein isolierter revolutionärer ostdeutscher Arbeiterstaat wäre doch noch durch die Macht billiger Waren bedroht, wie Marx warnte.

Es kann keinen wirklichen Sozialismus in einem halben Land geben, das mit einem ökonomisch sehr viel mächtigeren imperialistischen Nachbarn konfrontiert ist. Stefan Heym löste auf der riesigen Demonstration am 4. November Begeisterung aus, als er vom Podium aus sagte: „Der Sozialismus – nicht der Stalinsche, sondern der richtige – den wir endlich erbauen wollen, zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands, ist nicht denkbar ohne Demokratie.“ Die Verteidigung der vergesellschafteten Eigentumsformen in der DDR erfordert ihre Ausdehnung in den Westen. Das bedeutet die Enteignung der Frankfurter Bankiers durch proletarische Revolution im Westen und dabei haben eingewanderte Arbeiter eine Schlüsselfunktion. Wir Trotzlisten rufen auf zur *revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands* durch sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten. Aufgrund des strategischen Gewichts Deutschlands in Europa kann eine Wiedervereinigung, wenn sie nicht ein imperialistischer Moloch, ein Viertes Reich, sein soll, nur im Rahmen der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* stattfinden.

Die massenhaften Protestdemonstrationen, mit ihrer eindrucksvollen Disziplin, sind weiterhin von kleinbürgerlichen Kräften wie dem Neuen Forum und den Sozialdemokraten (SDP) dominiert. Am 4. November forderte das Neue Forum „freie Wahlen“ unter Aufsicht der UNO, d.h. des Imperialismus, während die SDP, genau wie Helmut Kohl, eine Rückkehr zur „Marktwirtschaft“ verlangte. Wenn die SPD und ihre diversen Anhänger über „demokratischen Sozialismus“ reden, meinen sie „demokratische“ Konterrevolution, deren Generalstab die SPD sein will. Während Kohl ausgebuht wurde, wurden Brandt und Momper bejubelt. Die Sozialdemokraten sind die Hauptgefahr für ostdeutsche Arbeiter.

Die Internationale Kommunistische Liga und ihre deutsche Sektion, die Trotzlistische Liga Deutschlands, stehen zur trotzlistischen Position, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution und deren Ausweitung von Ostberlin bis Havanna bedingungslos zu verteidigen gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Im Gegensatz dazu geben die als Trotzlisten getarnten Sozialdemokraten, wie etwa Ernest Mandel und der Bund Sozialistischer Arbeiter, diese Errungenschaften preis, wo sie auch immer unter Beschuß geraten. So unterstützten sie 1981 Solidarnośćs konterrevolutionären Griff zur Macht und verurteilten die sowjetische Intervention 1979 gegen die imperialistisch-gestützte klerikale Reaktion in Afghanistan.

Noch ist innerhalb der SED keine linke Opposition aufgetreten. Wohl aber kommt Unterstützung für wirklichen Kommunismus in der DDR zum Ausdruck, etwa in der Losung auf Plakaten am 4. November: „Für eine neue kommunistische Partei“. Wie 1953, so fehlt auch heute eine proletarische internationalistische Avantgardepartei, die um die Macht kämpft. Um eine solche Partei zu schmieden, muß man zum Bolschewismus Lenins und Trotzki zurückkehren! Hoch lebe Rosa Luxemburg, die hervorragendste unter den Begründern des deutschen Kommunismus, ermordet von Freikorps auf Geheiß der SPD-Führung! Die Deutsche Revolution, im Osten und im Westen, braucht eine leninistisch-trotzlistische Arbeiterpartei!■

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Vor 20 Jahren: Vorrevolutionäre Situation in der DDR

1989/90 – der Kampf für ein Rotes Rätendeutschland und gegen die Konterrevolution

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

12 Uhr – Erster Themenblock:

- Politische Entwicklung der 80er-Jahre und die Gründung der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL)
- Intervention der IKL in die vorrevolutionäre Krise in der DDR

15:30 Uhr – Pause

16:30 Uhr – Zweiter Themenblock:

- IKL-Arbeit gegenüber der Roten Armee in der DDR
- Die Gründung der Spartakist-Gruppe Polens
- Der Kampf der IKL gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion

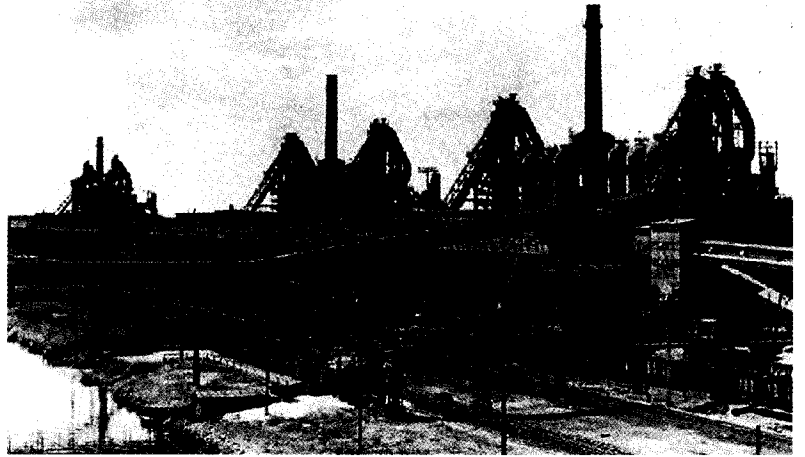
Berlin, 21. November 2009, Einlass 11:30 Uhr
Mehringhof, Versammlungsraum,
Gneisenaustr. 2a, U-Bhf. Mehringdamm

DDR-Wirtschaft und der Kollaps des Stalinismus

Für internationale sozialistische Planwirtschaft!

Im Rahmen der Artikelserie über unseren Kampf gegen die Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion veröffentlichen wir hier den zweiten und abschließenden Teil unserer trotzkistischen Analyse der ökonomischen Probleme der DDR und der revolutionären Antwort auf sie. Der erste Teil erschien in Spartakist Nr. 179, September 2009.

In *Verratene Revolution* beschreibt Trotzki, dass zwei Hebel für die Regulierung und Anpassung des Plans notwendig sind: „ein politischer, gebildet durch die reale Beteiligung der interessierten Massen selbst an der Leitung – was ohne Sowjetdemokratie undenkbar ist – und ein finanzieller, gebildet durch eine reale Prüfung der apriorischen Berechnung mit Hilfe eines allgemeinen Äquivalents, was ohne festes Geldsystem undenkbar ist“. In unserem Artikel „Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!“ (*Spartakist* Nr. 65, 15. Dezember 1989) argumentierten wir dafür, den Kampf um eine stabile Währung aufzunehmen, und für die zusätzliche Einführung einer frei konvertierbaren Währung, so wie der Tschervonez in der Sowjetunion eingeführt wurde, um nach dem Bürgerkrieg von 1918–20 die Wirtschaft wieder zu beleben. Dies verbanden wir mit der notwendigen



kein Bildnachweis

Kombinat in Eisenhüttenstadt. Stalinistische Bürokratie setzte in den 50er-Jahren auf Entwicklung der Schwerindustrie

Zweiter Teil

Errichtung von Räteverwaltung:

„Die Öffnung der Mauer wird es bald für die DDR notwendig machen, etwas mit ihrer Währung zu tun, die außer als interne Tauscheinheit wertlos ist... Aber für den Außenhandel und für Reisen wird eine stabile Währung nötig sein, hinter der wirkliche Werte stehen... Statt zuzulassen, dass die D-Mark faktisch zur DDR-Währung wird, könnte die ‚Valuta-Mark‘ legal durch die Reserven der DDR abgesichert sein und innerhalb und außerhalb des Landes verfügbar gemacht werden. Sie könnte als Puffer zwischen dem Weltmarkt und der DDR-Wirtschaft dienen, da die Regierung den Wechselkurs zwischen dieser Währung und dem internen Tauschmittel, der Ostmark, kontrollieren könnte...“

Aber eine stabile, international akzeptierte Währung ist nur eine begrenzte Maßnahme zur Verteidigung der vergesellschafteten Wirtschaft Ostdeutschlands. Währungsreform, Kontrolle über den Wechselkurs, Rationalisierungszuschüsse: die Basis für all diese technischen Lösungen im Wirtschaftsbereich ist die politische Loyalität der Bürger zur Regierung. Und das erfordert die Errichtung einer revolutionären Regierung von Arbeiteräten. Außerdem, wie Marx lehrte, bestimmt die Produktion die Zirkulation. Und die DDR hat ernsthafte Probleme im Bereich der Produktion. Der gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit vor allem einer sozialistischen internationalen Wirtschaftsplanung, die die nationalistiche bürokratische Kommandowirtschaft ersetzt.“

Unter der Bürokratie hatte Planung in der DDR die Form willkürlicher administrativer Anordnungen von oben

nach unten, ohne den sich selbst korrigierenden Mechanismus von Räten und ohne eine harte Währung als effektives Maß für reales Kapital und Betriebseffizienz. Folgendermaßen „funktionierte“ das System – oder eben nicht:

„Statt in der Landeswährung Geld anzulegen, hat man es ganz klar vorgezogen, Waren einzulagern, und daher horsteten Betriebe Material und Treibstoffe – entweder für den späteren Verbrauch im Betrieb oder für den Fall von Engpässen (die häufig waren), oder um es relativ kurzfristig gegen etwas Benötigtes zu tauschen. Ein Kollektivbauernhof sammelte beispielsweise Ölvorräte an, oder eine Maschinenwerkzeugfabrik lagerte große Mengen Baumaterials ein. Diese Vorräte wurden dann mit anderen Betrieben getauscht, um benötigte Güter oder Materialien zu bekommen. Solche Verfahrensweisen verschärften natürlich die bestehenden Engpässe.“ (David M. Keithly, *The Collapse of East German Communism: The Year the Wall Came Down, 1989* [Der Zusammenbruch des ostdeutschen Kommunismus: Das Jahr, in dem die Mauer fiel, 1989], Westport, Connecticut, 1992)

Ulbrichts „Neues Ökonomisches System“: Bürokratische Anarchie als Plan

1963 redete sich die ostdeutsche Bürokratie ein, dass die Einführung von Marktmechanismen die Wirtschaft flexibler und effizienter machen würde, und Ulbricht verkündete sein „Neues Ökonomisches System“ (NÖS). Das NÖS war zum Teil vom sowjetischen Ökonomen Jewsei Liberman inspiriert, der dafür eintrat, an Stelle einfacher Ertragsmaße „Profitabilität“ als Grundlage zur Bestimmung der Betriebseffizienz zu nehmen, mit Bonuszahlungen an Arbeiter und Direktoren bei Übererfüllung so genannter Profitpläne. Desgleichen sollte das NÖS eine Preisreform beinhalten, um das Betriebskapital zu messen, und „Profite“, um Betriebseffizienz genauer auszuwerten, belohnen und beschleunigen

nigen zu können. Gleichzeitig wurde den Industrieverbänden (Vereinigungen Volkseigener Betriebe – VVB) und den Betrieben (Volkseigene Betriebe – VEB) mehr Autonomie zugestanden, damit sie ihre Lieferverträge selbst abschließen und Gewinne für Investitionen zurücklegen konnten. Die nächste Stufe der Reformen (1968–70) wurde „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) getauft. Sie führte dazu, dass durch sogenannte „strukturbestimmende Planung“ auf Grundlage der neuesten Entwicklungen in Kybernetik und Systemtheorie staatliche Investitionen in die Hightech-Sektoren Erdölverarbeitung, hochwertige Metallurgie und Datenverarbeitung gelenkt wurden. Als die Mauer stand und die Abwanderung zurückging, gingen solche Investitionen zu Lasten der Konsumgüterproduktion und -versorgung.

Ohne eine harte Währung gab es enorme Hindernisse für eine Preisreform. Ältere Maschinen und Anlagen – oft aus



Bundesbildstelle Bonn

Erfurt, 1970: SPD-Kanzler Brandt (Mitte) und DDR-Ministerratsvorsitzender Stoph (rechts). SPD-Ostpolitik war imperialistisches Werkzeug zur ökonomischen Durchdringung der DDR

der Vorkriegszeit –, die eigentlich schon längst amortisiert waren, wurden immer noch in der Produktion eingesetzt. Neuere Maschinen und Anlagen waren durch Kompensationsabkommen oder durch administrative Verteilung zu willkürlichen Preisen beschafft worden. Viele Konsumgüter, wie Lebensmittel und Kinderbekleidung, wurden aus sozialen Gründen unterhalb der Produktionskosten verkauft. Nach der Erfahrung des 17. Juni 1953 wollte die Bürokratie es auch dabei belassen, was ihre Zerbrechlichkeit und ihre Furcht vor dem Proletariat zeigte.

Nach dem „Profit“-Maßstab wurden allgemein Investitionen in neuere Maschinen und Anlagen bevorzugt. Älteren Betrieben, die für die Gesamtproduktion zwar entscheidend, nach dem „Profit“-Maßstab aber zu leistungsschwach waren, wurden jedoch dringend benötigte Investitionen vorenthalten. Statt die Effizienz der ostdeutschen Wirtschaft zu erhöhen, führten die halb umgesetzten Pläne des NÖS Ende der 60er-Jahre zu wachsenden Defiziten und Engpässen bei der Industrieproduktion und -zulieferung sowie zu einer stagnierenden Konsumgüterproduktion. Wie wir in unserer Broschüre „„Marktsozialismus“ in Osteuropa“ (August 1989) schrieben:

„Die teilweise Dezentralisierung der Investitionen, auf die Rentabilität der Betriebe ausgerichtet, rief in der ganzen Wirtschaft Unausgewogenheiten und Engpässe hervor. Die Produktionsmenge stieg doppelt so schnell wie die Erzeugung von elektrischem Strom, mit zahlreichen Stromausfällen und -störungen als Ergebnis.“

Jeder Betrieb verlangte, nun mit mehr Autonomie, gewaltige Kapitalinvestitionen zur Sicherung seiner Planerfü-

lung. Leipziger Arbeiter drückten 1971 bei Betriebswahlen für einen lokalen SED-Kongress ihre Verstimmung über Engpässe bei Konsumgütern aus: „25 Jahre nach Kriegsende sollte es bei der Konsumversorgung keine Probleme mehr geben. Zuviel wird exportiert, und für uns bleibt nichts übrig“ (J. Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945-1989* [Die Politik des wirtschaftlichen Niedergangs in Ostdeutschland, 1945–1989], Chapel Hill, North Carolina, 1997).

1968 hegte Ulbricht anfänglich Sympathien für die Ablösung des tschechoslowakischen KP-Führers Antonin Novotny durch Alexander Dubcek im Prager Frühling. Denn führende Ideologen des Prager Frühlings wie Ota Sik betrieben ein ökonomisches Reformprogramm, das Ähnlichkeiten mit Ulbrichts NÖS bzw. ÖSS hatte. Als sich aber eine politische Liberalisierung anbahnte, die das Machtmonopol der stalinistischen Bürokratie in Frage stellte, stand Ulbricht, dem der Arbeiteraufstand vom 17. Juni noch gut in Erinnerung war, in der ersten Reihe derjenigen, die die Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 durch die Truppen des Warschauer Vertrages unterstützten. Diese anfänglichen Sympathien wurden dann bei Ulbrichts Sturz drei Jahre später zitiert.

Westdeutschland nahm 1969 mit Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition die Ostpolitik der sozialdemokratischen Führer Egon Bahr und Willy Brandt an. Nachdem die Eroberung des Ostens militärisch nicht möglich schien, erkannte die deutsche Bourgeoisie damit an, dass eine neue Offensive mit den Banken beginnen musste. (Siehe „Kalter Krieg, Ostpolitik und DDR-Anschluss – SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution“, *Spartakist* Nr. 176, März 2009.) Ulbricht ersetzte in dieser Zeit die Parole von 1959 „einholen und überholen“ durch die neue Maxime „überholen, ohne einzuholen“: Durch den Einsatz der allerneuesten Technologien sollte der westdeutsche Imperialismus in ausgewählten Wirtschaftsbereichen „überholt“ werden, um so ein vereintes sozialistisches Deutschland zu schaffen. Finanziert werden

sollte dies durch Kredite der Frankfurter Bankiers und durch sowjetische Subventionen, was durch zukünftige „Profite“ zurückgezahlt werden sollte. Die Auslandsschulden stiegen bis 1970 auf etwa 2,2 Milliarden D-Mark. Gleichzeitig verfolgte Ulbricht einen Kurs in Richtung größerer politischer Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Nichts an dieser Politik machte Ulbricht beim sowjetischen Führer Leonid Breschnjew beliebt, der eine konservative Reaktion auf das wirtschaftliche Chaos von Chruschtschows Reformen Ende der 1950er- bis Anfang der 1960er-Jahre verkörperte.

Während des ganzen Jahres 1970 setzte die Bürokratie die unbeliebten „Sonderschichten“ durch, um Engpässe zu überbrücken. Währenddessen führten in Polen im Dezember 1970 größere Streiks, die durch Preiserhöhungen ausgelöst worden waren, in den Schiffswerften in Gdansk, Gdynia und Szczecin und später in den schlesischen Bergwerken und Industriebetrieben, zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Armee, mit vielen Toten. KP-Chef Wladyslaw Gomulka wurde abgesägt und durch den schlesischen Parteichef Edward Gierek als Erster Sekretär ersetzt. Gierek versprach, den Lebensstandard zu heben und die Wirtschaft zu modernisieren. In der DDR traten Teile der Bürokratie aus Angst, die Streikwelle würde auf das ostdeutsche Proletariat übergreifen, offener gegen Ulbrichts Politik auf. Mit Unterstützung Breschnjews ersetzten sie Ulbricht 1970/71 durch Erich Honecker.

Honeckers Konsum-„Sozialismus“

Honecker kam, wie Gierek in Polen, mit dem Versprechen an die Macht, den Lebensstandard zu heben. Ähnlich

wie die KPdSU im April verkündete Honecker auf dem Achten Parteitag der SED im Juni 1971 die „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempes der sozialistischen Produktion“ als neue „Hauptaufgabe“. Dies wurde ab 1975 als „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ titulierte. Zu seinen ersten Maßnahmen gehörten eine Renten- und Lohnerhöhung, eine Verminderung der Pflichtstunden in der Arbeitswoche, sowie ein Ausbau von Kinderbetreuung, Kinderbeihilfe und Mutterschaftsurlaub. Grundlegende Güter wie Nahrungsmittel, Wohnungen und Kinderbekleidung wurden umfassender subventioniert. Viele von Honeckers Maßnahmen waren anfangs beliebt, da durch sie die ostdeutsche Arbeiterklasse den höchsten Lebensstandard im Sowjetblock erreichte. Doch ihr Maßstab waren nicht Prag oder Budapest, sondern die prächtigen Schaufenster am Kurfürstendamm in Westberlin.

Von einer verknöcherten Bürokratie und oft auf Kosten anderer Wirtschaftsbereiche ausgeführt, erzeugte Honeckers Konsum-„Sozialismus“ in einem Drittel eines Landes eine armselige Palette minderwertiger Produkte – wenn sie überhaupt zu haben waren. Außerdem wuchs der Unmut angesichts eines Zweiklassen-Einzelhandels, wo die Besitzer harter Währung – überwiegend Ausländer – sich regelmäßige Besuche in den hochwertigen Intershops leisten konnten und die oberen Kreise der Bürokratie ihre eigenen Spezialgeschäfte hatten. Andererseits wurden hochwertige DDR-Produkte gegen harte Währung exportiert und waren, außer in den Intershops, daheim kaum zu haben. Ostdeutsche Maschinenbauer stellten für BMW und Seat Karosseriepresse von Weltrang her, mussten aber vierzehn Jahre auf den daheim produzierten Trabant warten, eine unfallträchtige rollende Pappschachtel, die beißende Abgaswolken ausstieß. Die ostdeutschen Arbeiter, denen Konsum-„Sozialismus“ versprochen worden war, hatten immer mehr den Eindruck, als schufteten sie in einem Ausbeuterbetrieb der Dritten Welt für den westdeutschen Markt.

Bald nach Ulbrichts Absetzung startete Honecker ein ehrgeiziges Wohnungsbauprojekt, um mit einem der am meisten vernachlässigten Bereiche der ostdeutschen Wirtschaft aufzuräumen:

„In einer Zeit, wo die Investitionen in jedem anderen Wirtschaftsbereich zurückgingen, stiegen die Wohnungsbauausgaben bis 1989 von Jahr zu Jahr. Wie in anderen Ländern des Sowjetblocks wurde der Großteil der neuen Wohnungen außerhalb der Stadtzentren in großen sozialistischen Wohngebieten gebaut. Diese Wohngebiete galten zwar als berüchtigt hässlich und waren von schlechter Qualität, hatten aber den Vorteil, aus standardisierten Modulen gebaut und relativ schnell bezugsfertig zu sein.“ (Kopstein, a.a.O.)

Ohne Arbeiterräte-demokratie und dem bürokratischen Zentralismus unterworfen, hatten jedoch selbst sozial motivierte Kampagnen unerwartete und sogar schädliche Auswirkungen. So wurden diese Maßnahmen zu Lasten von Investitionen durchgeführt. Ohne ausgeglichenen Investitionsplan kam es regelmäßig zu Engpässen bei grundlegendem Baumaterial wie Betonblöcken. Laut Gerhard Schürer, dem damaligen Chef der Staatlichen Plankommission (SPK), fiel der Anteil der Investitionen im produktiven Bereich von 16,1 Prozent im Jahr 1970 auf 9 Prozent im Jahr 1988. Ein Bericht der Wirtschaftsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit über die Bauindustrie kam zu einem katastrophalen Ergebnis. Bis zum Herbst 1989 sah es folgendermaßen aus:

„Nur 30 Prozent der Maschinen waren jederzeit einsatzbereit; 70 bis 90 Prozent waren zu alt; die Summen, die für Reparaturen gezahlt werden mussten, lagen doppelt so hoch wie die für die Amortisation angesetzten Beträ-



dpa

1970er: Riesiges Plattenbauprojekt in Ostberlin

ge. Wichtige Ersatzteile waren rar, jeder dritte Arbeiter musste harte körperliche Arbeit verrichten, um den Maschinenverschleiß auszugleichen.“ (Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt am Main, 2000)

Der Wohnungsbau in den Außenbezirken ging mit dem Verfall der Innenstädte einher. Für Renovierung war fast kein Geld vorgesehen, und es wurde zugelassen, dass ältere Wohnungen unbewohnbar wurden. Ein rationalerer und effizienterer Wirtschaftsplan hingegen hätte eine Mischung aus Neubau und Renovierung festgeschrieben.

Dies wurde aus zweierlei Gründen zurückgewiesen. Zwar musste die Produktion und Zuteilung von Ressourcen zentralisiert werden, die erfolgreiche Aufstellung und Umsetzung eines Renovierungsplanes hätte jedoch mehr lokale Beteiligung und Kontrolle erfordert. Die Ostberliner Bürokratie zog es jedoch vor, alle Entscheidungen zentral zu treffen. Der zweite Grund war sowohl kulturell als auch politisch. Die Bürokratie hielt die alten Innenstädte oft für Sündenpfuhle „bürgerlicher“ Kultur und Korruption, wo Arbeiter verschiedener Betriebe außerhalb der direkten Kontrolle des Apparates, wenn auch unter den Augen der allgegenwärtigen Stasi, miteinander in Kontakt kamen. Als Ergebnis wuchs der Wohnraum insgesamt *immer langsamer* und hätte

Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 30. Oktober 2009

Imperialisten: Hände Weg von Iran!

Iran in Aufruhr

Nieder mit dem klerikalen Regime!

Keine Unterstützung für „Reform“-Mullahs!

Freitag, 27. November 2009

Spanischer Bürgerkrieg:

Volksfront – keine Taktik, sondern das größte Verbrechen!

Film: „Land and Freedom“

Freitag, 18. Dezember 2009

Kapitalistische Wirtschaftskrise: Marx hatte recht!

Lohn, Preis und Profit

Freitag, 15. Januar 2010

Die Oktoberrevolution von 1917

Film: „Reds“

Jeweils 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,

Gneisenaustraße 2a, U-Bahnhof Mehringdamm

Lesematerial und Kontakt: (0 30) 4 43 94 00, spartakist@online.de

bei Fortsetzung des Trends ab 1990 zu schrumpfen begonnen – trotz umfangreicher Neubauten. Obwohl die Bevölkerung zur Zeit des Mauerfalls zurückging, gab es immer noch 800 000 offene Wohnsanträge.

Die Autarkie der Kombinate

Nachdem das NÖS mit seinen Preis- und „Profit“-Mechanismen und seiner Betriebsautonomie aufgegeben worden war, wurde die ostdeutsche Wirtschaft in Kombinat neu organisiert. Mehrere zueinander in wirtschaftlicher Beziehung stehende Betriebe wurden um einen Haupt- oder Stammbetrieb herum organisiert und vertikal integriert. „90 Prozent der gesamten Industrieproduktion fanden 1986 in 133 zentral verwalteten Kombinat mit durchschnittlich 20 bis 30 Betrieben und 20 000 Beschäftigten statt sowie in 93 kleineren auf Bezirksebene verwalteten Kombinat mit durchschnittlich 2000 Beschäftigten“ (Kopstein, a.a.O.). Diese riesigen vertikal zusammengefassten Betriebsgruppen sollten selbsttragende Industrieimperien sein. Das Kombinat-System war zwar erfolgreicher als die stärker dezentralisierte Wirtschaft Ungarns, Polens und Jugoslawiens, hatte aber „seine eigenen Verzerrungen und Unausgewogenheiten hervorgebracht sowie eine Tendenz, bürokratische Fürstentümer zu schaffen“ („Marktsozialismus“-Broschüre, August 1989). Der wesentliche Fürsprecher der Kombinate war Günter Mittag, Parteisekretär für Wirtschaft, der auch schon der Hauptverfechter von Ulbrichts NÖS gewesen war – ein Mann, der völlig entgegengesetzte Ansichten zu einer Frage gleichermaßen überzeugend vertreten konnte. Die Kombinate begünstigten eine Form der „Importsubstitution“. Statt sich für Zulieferung und Ersatzteile auf einen Betrieb von außerhalb zu verlassen, über den das Kombinat keine Kontrolle hatte, verfügte der Direktor, dass Produktionsvorleistungen im eigenen Haus erbracht werden, oder brachte seinen Tag damit zu, Tauschhandel mit einem Zulieferer zustande zu bringen, der das hatte, was er brauchte. Arbeitsteilung und -produktivität gingen dabei flöten.

Um die neuesten Innovationen in den Produktionsprozess einzubeziehen, hatte jedes Kombinat seine eigene Abteilung für Rationalisierung, Forschung und Entwicklung. Kopstein schreibt:

„Der Umfang des hauseigenen Maschinenbaus und der Rationalisierung in den Kombinat stieg zwischen 1980 und 1988 fast um das Vierfache, und der Anteil der Ressourcen, die durch diese Abteilungen flossen, stieg auf 25 Prozent aller Investitionen... Einer ostdeutschen Quelle zufolge verbrachten die Rationalisierungsabteilungen 20 Prozent ihrer Zeit damit, Maschinen zu modernisieren, 20 Prozent mit Reparaturen, und in der verbleibenden Zeit wurde Ersatz für nicht verfügbare Importe geschaffen.“

Auch die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen „brachten immer mehr Zeit mit Reparaturen und der Erweiterung bestehender Ausrüstung zu, statt mit Grundlagen- oder angewandter Forschung. Da die Investitionen insgesamt zurückgingen, verfielen die bestehenden Maschinen und Anlagen, und Wissenschaftler wurden zunehmend als Reparaturkräfte benutzt“ (Kopstein, a.a.O.). Als Beispiel zitiert Kopstein Harry Maier, einen bis 1986 führenden DDR-Ökonomen, der in seinem 1987 erschienenen Buch *Innovation oder Stagnation* das Beispiel eines Generaldirektors eines Schuhkombinats anführt: „Wir schlugen dem Direktor des

Kombinats vor, einen selbstständigen Software-Betrieb zu gründen, der seine Produkte an Interessenten in der ganzen DDR verkaufen sollte. Der Generaldirektor winkte ab: „Und was kommt für unser Kombinat dabei heraus?“

Das Problem der Energieversorgung

Bis Honecker an die Macht kam, hatte sich die SED formal einer deutschen Wiedervereinigung verschrieben. Artikel 8 der DDR-Verfassung von 1968 erklärte: „Die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“ Ulbrichts Traum, dass es zu einer Wiedervereinigung käme, weil die DDR die wirtschaftliche Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft beweisen würde, lehnte Honecker ab. Artikel 8 wurde 1974 von seinem Regime gestrichen. Stattdessen kreierte Honecker einen ostdeutschen Ersatznationalismus, für den er Leute wie Luther, Friedrich II. und Bismarck in das „sozialistische“ Erbe des Ostens einbezog. Diese Abgrenzungsideologie verdeckte, dass Ostdeutschland in Wirklichkeit von seinem imperialistischen Nachbarn und dem Weltmarkt immer abhängiger wurde.

Dank sowjetischer Lieferungen von Öl und anderem Rohmaterial war die DDR vor der OPEC-„Ölkrise“ von 1973 und vor der folgenden weltweiten Rezession zuerst geschützt. Die UdSSR, mit rasant steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt konfrontiert, ließ die DDR jedoch im Frühjahr 1974 wissen, dass es bald eine Reihe von Preiserhöhungen geben würde. 1970 verlangte Russland von der DDR 13 Rubel pro Tonne Öl, 1980 waren es 71 Rubel pro Tonne, 1985 waren es 168 Rubel – eine 13-fache Erhöhung innerhalb von 15 Jahren. Da der Preis von DDR-Produkten relativ unverändert blieb, musste Ostdeutschland 1985 im Vergleich zu 1970 10-mal soviel ausführen, um die gleiche Menge Öl zu bekommen. Das bedeutete, dass weniger Sozialprodukt für Investitionen, Betriebsinstandsetzung und Sozialleistungen übrigblieb.

Damit nicht genug, kündigte der Kreml 1979 an, die Öl-Exporte zu kürzen, um mehr für harte Währung auf dem Weltmarkt verkaufen zu können. Als Breschnjew eine Delegation der Gosplan (Staatliche Plankommission) nach Ostdeutschland schickte, um die Kürzungen zu erklären, sagte der deutsche SPK-Chef Schürer:

„Ich nehme an, dass eine gesunde, stabile, sozialistische DDR in den strategischen Überlegungen der UdSSR eine wichtige Rolle spielt. Der Imperialismus steht direkt vor unserer Tür und verbreitet seinen Hass auf drei Fernsehkanälen. Jetzt haben wir die Konterrevolution in Polen im Rücken. Wenn die Stabilität hier in Gefahr geriete, könnte sie nicht mit 3,1 Millionen Tonnen Treibstoff wiederhergestellt werden.“

Nikolai Baibakow, der Gosplan-Chef und Delegationsführer, erwiderte, über Polen müsse er nachdenken:

„Wenn ich dort beim Öl kürze (ich fahre nächste Woche dorthin), wäre das für den Sozialismus untragbar... Und Vietnam leidet Not. Wir müssen helfen. Sollten wir ein-



Kohl und Strauß setzten Ost-Politik der SPD/FDP-Regierung fort. Milliardenkredite Anfang der 80er-Jahre sollten Abhängigkeit der DDR verstärken

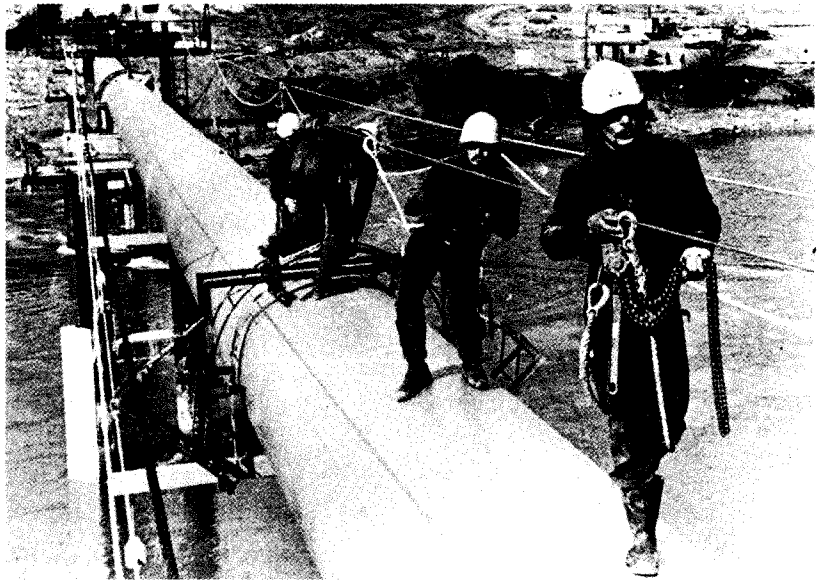
fach Südostasien aufgeben? Angola, Mosambik, Äthiopien, Jemen. Wir stützen sie alle. Und unser eigener Lebensstandard ist außerordentlich niedrig. Wir müssen ihn wirklich verbessern.“ (Kopstein, a.a.O.)

Der Wortwechsel zwischen den obersten Wirtschaftsplanern der UdSSR und der DDR ist ein messerscharfer Ausdruck einer sozialen Kaste, die im selbstgeschaffenen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ gefangen ist und bei den gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeiterstaat und Imperialismus vermitteln will. Nach weiteren Verhandlungen wurden die jährlichen Lieferungen für die DDR von 19 auf 17 Millionen Tonnen reduziert.

In den 60er und 70er Jahren konnte die DDR ihre Abhängigkeit von Kohle zur Energieversorgung verringern, indem sie stattdessen Öl und Erdgas aus der UdSSR einsetzte. Während Kohle in Ostdeutschland 1955 noch 95 Prozent der Energie lieferte – davon allein 84,4 Prozent durch Braunkohle –, sank dieser Anteil auf 64 bzw. 60 Prozent im Jahr 1980. Gleichzeitig stieg die Öl- und Gasnutzung von 1,3 Prozent (1955) auf 25 Prozent (1980). Ein Gutteil von Öl und Gas wurden in riesigen petrochemischen Werken wie den Leuna-Chemiewerken raffiniert, um sie für harte Währung in den Westen zu exportieren. Ab Mitte der 1970er-Jahre investierte die DDR mehr als eine Milliarde Mark harter Währung in importierte Ausrüstung für Ölraffinerien. Zur gleichen Zeit, als die UdSSR die Preise erhöhte und die Lieferungen zurückschraubte, musste die DDR mit ihrem wachsenden Defizit gegenüber dem Westen zurechtkommen. Einerseits profitierte die DDR sicherlich von der Verdopplung der weltweiten Ölpreise zwischen 1979 und 1980 von 15 Dollar auf 33 Dollar pro Barrel, was auch raffinierte Produkte betraf. Andererseits stieg auch, wie oben erwähnt, der Preis, den die DDR der UdSSR für Öl zahlen musste, von 71 Rubel (1980) auf 168 Rubel (1985) pro Tonne.

Trotz gekürzter sowjetischer Lieferungen steigerte die DDR den Export von Ölprodukten in den Westen, um von den Weltmarktpreisen zu profitieren. Dazu war eine drastische Verringerung des heimischen Heizölverbrauchs notwendig: von 6,7 Millionen Tonnen 1980 auf 1,9 Millionen 1985 und 1,3 Millionen 1989. Durch die Entwicklung der sogenannten „tieferen Spaltung“ konnte die Verwertung des Erdöls gesteigert werden. Andere Maßnahmen zur Senkung des heimischen Ölverbrauchs waren nicht modern, sondern sehr primitiv. Dementsprechend stieg der Braunkohleanteil beim Primärenergieverbrauch von 62,8 auf 70,2 Prozent, während die Nutzung von Öl und Gas von 17,8 auf 12,1 Prozent fiel. Das durchschnittliche Verhältnis von Abraum (Oberflächenerde) zu Kohle stieg im Tagebau von 3,9:1 im Jahr 1980 auf 4,5:1 im Jahr 1985. Im gleichen Jahr wurden 1,7 Milliarden Tonnen Abraum entfernt, um die Produktionsziele für Kohle zu erfüllen. Bevor Braunkohle als Brennstoff verwendet werden kann, muss sie aufwendig veredelt werden – das allein verbraucht schon beträchtliche Mengen Energie. Außerdem ist Braunkohle nur halb so ergiebig wie Steinkohle. Dazu kam, dass die Kraftwerke nicht ausreichend mit Entschwefelungsanlagen ausgerüstet wurden, so dass der Schwefeldioxidausstoß enorm zunahm, mit Schäden für Gesundheit und Umwelt.

Die Beförderung von Kohle nahm gleichzeitig einen wachsenden Teil der Eisenbahnkapazität in Anspruch. Zwischen 1960 und 1980 sank die Kohleladung von 90,8 Milliarden Tonnen auf 83 Milliarden. Bis 1985 war die Kohleladung auf 109,5 Milliarden angestiegen. 1989/90 konnte man einen tiefgreifenden Eindruck von der Umweltzerstörung, die die Braunkohle-gestützte Wirtschaft erzeugte, erhalten. „Braun-



kein Bildnachweis

Der Bau der Pipeline Druschba von der Sowjetunion nach Osteuropa und der DDR stellte einen riesigen Fortschritt dar für die Energieversorgung Osteuropas

kohleabbau verschlang in den 1980ern etwa ein Viertel aller Industrieinvestitionen“ (Kopstein, a.a.O.). Schürer schrieb später:

„Oft waren [SED-Wirtschaftssekretär] Mittags Ideen richtig, aber sein extremes Denken ließ diese sehr oft zu Unsinn verkommen. Drei Millionen Tonnen Heizöl einzusparen war nach der Kürzung der sowjetischen Erdöllieferungen ... lebensnotwendig. Aber dann weitere drei Millionen Tonnen zu streichen, war blanker Unsinn.“ (Stefan Bollinger [Hrsg.], *Das letzte Jahr der DDR*, Berlin, 2004)

NATO-Raketen und „Wessi“-Kredite

Aufgrund höherer Ölpreise hatte die DDR im Zeitraum von 1981 bis 1985 einen Handelsbilanzüberschuss gegenüber der kapitalistischen Welt von 12 Milliarden Valuta-Mark oder DM-Äquivalent, wobei der Überschuss sowohl 1984 als auch 1985 je 3 Milliarden VM betrug. Im gleichen Zeitraum wurden die Schulden in harter Währung von 23,6 Milliarden VM (1980) auf 18,3 Milliarden reduziert. Nach Verhandlungen von Schalck-Golodkowski, dem Geldbeschaffer der ostdeutschen Kommerziellen Koordinierung (KoKo), und dem westdeutschen Revanchisten Franz Josef Strauß (CSU) bewilligte jedoch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Juni 1983 einen Milliardenkredit.

Kohl und Strauß waren nicht weich gegenüber dem Kommunismus geworden. Sie erfüllten im Gegenteil das Versprechen des vorherigen, sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt, in Westdeutschland Pershing-II-Atomraketen zu stationieren, die Moskau außer Gefecht setzen könnten. Im November stimmte der Bundestag der Stationierung zu, und die Stationierung der Raketen begann umgehend. Sechs Monate später bewilligte Bonn der DDR einen weiteren Kredit in der gleichen Größenordnung. Die Kredite bildeten ebenso wie die zur Solidarność geschleusten CIA-Gelder eine weitere Front des Feldzugs, mit dem die Imperialisten die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution und ihre osteuropäische Ausweitung rückgängig machen wollten. Der eskalierende Kalte Krieg kam jedoch Honeckers innenpolitischen Prioritäten in die Quere. Als der sozialdemokratische Kanzler Schmidt 1980 mit den USA über die Stationierung von Atomraketen mit Erstschlagskapazität verhandelte, besuchte Markus Wolf den KGB-Chef Juri Andropow in Moskau. Wolf berichtet in seinen Memoiren (*Spionagechef im geheimen Krieg*), dass Andropow ihn warnte, Schmidt habe „zwei Gesichter“, sei jedoch grundsätzlich pro-amerikanisch:

„Mit diesem Mann sollte man keine Gespräche auf höchster Ebene führen.“

Aber Honecker entdeckte angesichts der Pershing-Stationierung plötzlich eine „Koalition der Vernunft“ mit den Kriegstreibern und Revanchisten in Bonn. Dies war weit stärker durch die zunehmende *wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von Westdeutschland* motiviert, als dadurch, dass Honecker von einer Überdosis seiner eigenen Friedenspropaganda zugehöhnt gewesen wäre. Unter dem Druck des Weltmarktes und des erneuerten antisowjetischen Kriegskurses der USA gingen die begrenzten nationalistischen Interessen des Kreml und Pankows zum Aufbau des „Sozialismus“ *in ihrem jeweiligen Land* auseinander. Offen zeigte sich das im Herbst 1984, als der Kreml Honeckers Flirt mit Kohl untersagte. (Siehe „Moskau sagt Njet zu Honeckers Techtelmechel mit Bonn“, *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984.) Die Spaltung im Ostblock zu vertiefen war Sinn und Zweck der Milliardenkredite von Strauß und Kohl gewesen, die damit offiziell die Ostpolitik der vorherigen SPD/FDP-Koalition fortführten.

„Sozialistische“ Deindustrialisierung

Als nach 1985 die Ölpreise um mehr als die Hälfte einbrachen, verwandelte sich der Handelsüberschuss der DDR in ein jährliches Handelsdefizit von drei Milliarden VM. Das offenbarte, dass die bis dahin günstige Handelsbilanz auf den konjunkturell hohen Ölpreisen basierte statt auf irgendeiner Stärke der DDR-Wirtschaft. Das „Wirtschaftswunder“ der ersten Hälfte der 80er-Jahre kam die DDR erneut teuer zu stehen. Westimporte wurden eingedämmt, was Betriebe, die auf Maschinen-, Ersatzteil- und Materialimporte aus dem Westen angewiesen waren, zu den bizarrsten Formen der Importsubstitution trieb. Anfang 1990 schrieben wir:

„Grundsätzlicher noch: um die Exporte zu steigern, ohne den Verbrauch einzuschränken, *drosselte* das Honecker-Regime drastisch *die Investitionen in neue Anlagen und in die Infrastruktur*. Die Investitionsrate fiel von 28 Prozent des Volkseinkommens 1976 auf 21,5 Prozent ein Jahrzehnt später. Daher ist der technologische Rückstand, den die Industrieanlagen der DDR gegenüber Westdeutschland haben, größer als vor zehn Jahren.“ („RGW scheidet am Nationalismus“, *Aprekorr* Nr. 26, 6. März 1990 und *Aprekorr* Nr. 27, 13. März 1990)

Ende 1989 malte Schürers Wirtschaftsbericht an Modrow ein noch krasser Bild: Der Anteil produktiver Investitionen war von 16,1 Prozent (1970) auf 9,9 Prozent (1988) gefallen. Die Konsequenz war, dass die industrielle Produktivität im Vergleich zu Westdeutschland von 70 Prozent in den 50ern auf unter 50 Prozent in den 80ern zurückging.

Bei der verzweifelten Suche nach harter Währung wurden Güter an den Westen *unterhalb ihrer Herstellungskosten* verkauft. „Bezogen auf jede Mark, die in die Produktion investiert wurde, fiel die erwirtschaftete Menge an ausländischer Währung“ unter solchen Bedingungen sinkender Investitionen „in allen Industriezweigen dramatisch, von 0,454 Mark (1980) auf 0,275 Mark (1985)“ (Kopstein, a. a. O.). Wie die folgende Tabelle veranschaulicht, gab es außerdem bei Exporten in den Westen eine Verschiebung hin zu Rohstoffen und Produkten mit geringer Wertzusatzung:

DDR-Exporte in westliche Industriestaaten (Prozent)	1975	1980	1988
Rohstoffe	31,2	38,0	40,3
Werkzeugmaschinen, Elektronik	30,6	34,4	27,8
Leichtindustrie und Nahrung	38,2	27,7	31,9

Michail Gorbatschow kam 1985 an die Macht. Ende Mai 1986 schickte ihm der Staatsratsvorsitzende Willi Stoph, in der Hoffnung, seine Unterstützung zu gewinnen, über den Berliner KGB-Stützpunkt ein Dossier über die tatsächliche

wirtschaftliche Situation in der DDR, worin Honecker und Mittag scharf kritisiert wurden. Kopstein ergänzt in einer Fußnote, dass der sowjetische Geheimdienst Gorbatschow auch darüber informiert hatte, dass die westdeutsche Regierung ostdeutsche Schulden aufkaufte, um die SED in Zukunft stärker unter Druck setzen zu können. Als Gorbatschow Honecker im April 1986 davor warnte, versicherte ihm „Vorwärts-immer“-Erich, dass seine Finanzfachleute die Sache sicher in der Hand hatten.

Im April 1988 übermittelte SPK-Leiter Schürer Honecker einen Bericht mit dem Titel „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“, worin er vor „rapide steigenden Auslandsschulden“ (zitiert in Kopstein, a. a. O.) warnte. Die DDR brauchte einen jährlichen Handelsüberschuss gegenüber dem Westen von 6,5 Milliarden DM, um den Anstieg der Verschuldung zu stoppen. Um das zu erreichen, schlug Schürer vor, Mittags teures und nicht sehr erfolgreiches Mikroelektronikprogramm zu kürzen. Noch umstrittener war sein Vorschlag, die Subventionierung der Verbraucherpreise drastisch zu verringern, was für die meisten Ostdeutschen scharfe Einschnitte beim Lebensstandard bedeutet hätte. Der Anteil der Preissubventionen am gesamten Staatshaushalt war zwischen 1971 und 1980 von 13,5 auf 14,9 Prozent gestiegen – ein Anstieg um 1,4 Prozent. Von 1980 bis 1988 sollten solche Subventionen auf 24,5 Prozent des Gesamthaushalts anwachsen. Zwischen 1980 und 1989 verdreifachte sich der Mark-Betrag der Preissubventionen für Güter und Dienstleistungen von 16,9 auf 51 Milliarden Mark, und für Mieten stieg er auf das 2,4-Fache, von 7 auf 16,6 Milliarden Mark.

Viele dieser Preissubventionen waren sozial gerechtfertigt – einige erzeugten jedoch wirtschaftliche Verzerrungen, wie die Fütterung von Schweinen mit Brot, weil es billiger war als Tierfutter. In „Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!“ erklärten wir:

„Eine rationale Entscheidung über Subventionen und Preise ist dringend nötig, bei der nicht eine willkürliche Bürokratie, sondern die Werktätigen das Sagen haben, und zwar durch Arbeiterräte (Sowjets), die von unten gewählt werden und auch die höchsten Regierungsebenen umfassen. Es wäre möglich, das reale Produktionsniveau bei Gütern zu bestimmen und dann zu entscheiden, welche besonders gefördert werden sollten ... und Verzerrungen rechtzeitig aufzudecken – so wie das Haushaltsdefizit, das 130 Milliarden Mark betragen soll –, statt der ewigen Vertuschungen, die für den Regierungsapparat von oben bis unten so typisch sind.“

Einer Bürokratie, deren rasch schwindende politische Autorität auf dem (immer weniger erfüllten) Versprechen vom „Konsum-Sozialismus“ beruhte, war es ein Gräueltat, über Einschnitte beim Lebensstandard zu reden. Am 16. Mai 1989 legte Schürers Kommission einen neuen Bericht vor, worin der jährliche Kreditbedarf der DDR mit nunmehr 8 bis 10 Milliarden Valuta-Mark angegeben wurde, die bei etwa 400 Banken aufgetrieben werden sollten. Die DDR erreichte jedoch schnell ihre Kreditgrenze bei den westlichen Banken.

Die Frage der Qualität und die Qualität der Wirtschaftsdebatte

Trotzki stellte in *Verratene Revolution* bezüglich der Sowjetunion fest:

„Auf den von der Revolution geschaffenen Grundlagen vollzog sich die grobe Vorarbeit des Entlehns, Nachahmens, Verpflanzens, Aufpropfens. Ein neues Wort ist bisher weder in der Technik, noch der Wissenschaft oder Kunst gesprochen worden. Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirt-

schaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie vom grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativefreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“

Genauso, wenn nicht stärker, traf dies auf die DDR zu. Betriebs- und Ministeriumsdirektoren wurden auf Grund ihrer engen persönlichen Beziehungen und persönlichen Loyalität zu den für die Wirtschaft zuständigen Politbüromitgliedern, insbesondere Günter Mittag, ausgewählt. Sie frisierten die Bücher, übertrieben ihren Bedarf und ihre Erfolge, verschleierten ihre Fehlbeträge und Fehler, und gaben ihre Probleme nach unten im Produktionsprozess weiter.

Für die ostdeutsche Bürokratie gab es mehr als genug Gründe, die wirkliche wirtschaftliche Situation ihres „real existierenden Sozialismus“ zu verstecken, zu verzerren und zu fälschen. Und im Westen war sie damit einigermäßen erfolgreich. Eine führende amerikanische Wirtschaftszeitschrift konnte Anfang 1989 in einer Schlagzeile verkünden: „Lange Geschichte des anhaltenden Wirtschaftswachstums geht weiter; 1989 könnte vorteilhaftes Jahr sein, um sich diesem Markt zuzuwenden.“ In dem Artikel heißt es weiter:

„Die Deutsche Demokratische Republik hatte in den 70ern und 80ern ein anhaltendes Wirtschaftswachstum vorzuweisen und besitzt bei der internationalen Bankengemeinschaft eine gute Kreditwürdigkeit.“ (*Business America*, 27. Februar 1989)

Daher überrascht es nicht, dass das Ausmaß der Wirtschaftskrise in der DDR uns selber nicht ersichtlich war, als wir unsere „Marktsozialismus“-Broschüre im Juli 1988 zuerst auf Englisch veröffentlichten. Das große Verbrechen der Bürokratie bestand darin, sich selbst zu belügen, die Parteikader zu belügen und schließlich die Kader dazu zu bringen, die Arbeiterklasse zu belügen. Die Arbeiter, die solche Lügen mit der Realität ihres harten Alltags verglichen, wurden dadurch nur wütend gemacht. Außerdem gab es über 90000 Stasi-Mitarbeiter und fast doppelt so viele IMs, um die Arbeiter ruhigzustellen, die sich nicht gegenseitig belügen wollten. Das war nicht nur eine verschwenderische Belastung von 3,6 Milliarden Mark jährlich für die schwächelnde ostdeutsche Wirtschaft, sondern auch eine gewaltige Quelle der Demoralisierung des Proletariats.

Die Tatsache, dass Planungschef Schürer und fast das gesamte Politbüro der SED keine Ahnung hatten, über welche enormen Bestände an ausländischer Währung Schalck-Goldkowski verfügte, zeigte das Ausmaß der selbstverschuldeten Blindheit der Bürokratie. Als Schürer alles an Wirtschaftsdaten ins Feld führte, was verfügbar war, um die Aufmerksamkeit des PB auf den kritischen Zustand der Wirtschaft zu lenken, wurde ihm mitgeteilt, sein Bericht sei unvereinbar mit der 1971 auf dem Achten Parteitag beschlossenen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Nach einer dieser Standpauken von Mittag warnten sogar die eigenen Stasi-Wirtschaftswächter, Hauptabteilung XVIII, vor den unheilvollen Auswirkungen auf die Wirtschaftsdebatte in der Partei:

„In diesem Zusammenhang wurde die Meinung geäußert, künftig werde wohl kaum ein leitender Funktionär noch den Mut aufbringen, derartige Vorschläge, die darauf gerichtet sind, Aufkommen und Verteilung in eine günstigere Relation zueinander zu bringen, zu unterbreiten. Bei Beibehaltung derartiger Tabus seien die anstehenden Probleme, d.h. einen realen, anspruchsvollen Plan 1989 vorzulegen, nicht zu lösen.“ (Maier, a.a.O.)



Spartakist

Berlin, 3. Januar 1990: Auf prosovietischer, prosozialistischer Einheitsfrontkundgebung ruft Spartakistin zur Bildung von Arbeiterräten auf, warnt vor SPD als trojanischem Pferd

Das unterstreicht die Wichtigkeit der Rede, die unsere Genossin Renate Dahlhaus am 3. Januar 1990 vor 250000 Arbeitern, Soldaten und Jugendlichen hielt. In einem prosovietischen, prosozialistischen Einheitsfrontprotest, den wir ins Leben gerufen hatten und der von der SED-PDS aufgegriffen worden war, hatten sie sich versammelt, um gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park in Berlin zu protestieren. In der Rede heißt es:

„Was dringend benötigt wird, ist ausgewählte Modernisierung der bereits bestehenden Industrie. Hier bei uns in der DDR ist es noch anders als in den Ländern, in den anderen sozialistischen Ländern, die Stalins Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande haben und zeigen, dass dieses eine durchsichtige Dummheit ist. Wir stehen vor der schweren Wahl, wir müssen wissen, die Gefahr, unter die Gewalt des Weltmarktes zu kommen...“

Die Sowjetunion praktiziert ihre eigene ökonomische Autarkie, was nicht besonders günstig ist und was dazu führt, dass die Sowjetunion zu schweren wirtschaftlichen Bedingungen gekommen ist.

Lenin sagt, Politik ist die Konzentration der Ökonomie. Der Kampf um die Macht, um diese Entscheidungen zu treffen und dieses Land zu regieren, muss liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit. Dies kann nur dadurch geschehen, durch offene und manchmal schmerzhaft Debatten vor dem gesamten Volk. Vielleicht wird dieses Beispiel die Sowjetunion ermutigen, den gleichen Weg zu nehmen. (Zwischenrufe)

Genossen, hört zu und lernt, dass nur durch schmerzhaft und offene Debatten der Weg zum Sozialismus eröffnet werden kann.“ („Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“, *Arprekorr* Nr. 15, 4. Januar 1990)

Ein Chip bringt den „real existierenden Sozialismus“ ins Trudeln

Als Trotzki 1936 in der *Verratenen Revolution* die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion analysierte, wies er auf die entscheidende Bedeutung der Produktivität zur Beurteilung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zum Kapitalismus hin:

„Aber ihrem Wesen nach steht die Frage: ‚wer wen?‘ vor der UdSSR im Weltmaßstab, und zwar nicht so sehr als eine militärische, sondern als Wirtschaftsfrage. Die Militärintervention ist gefährlich. Die Intervention billiger

Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher. Der Sieg des Proletariats in einem der westlichen Länder würde selbstverständlich mit einem Schlage das Kräfteverhältnis gründlich ändern. Aber solange die UdSSR isoliert bleibt, schlimmer, solange das europäische Proletariat nur Niederlagen erleidet und zurückweicht, solange bemisst sich die Stärke des Sowjetregimes letzten Endes an der Arbeitsproduktivität, die sich bei der Warenwirtschaft in Gestehungskosten und Preisen ausdrückt.“

1989 waren 21 Prozent der Industrieanlagen in der DDR über 20 Jahre alt gegenüber 6 Prozent in Westdeutschland. Je fortgeschrittener die Technologie, desto schmerzhafter war diese Kluft. Ostdeutschland war nicht nur führend im Sowjetblock bei der Produktion von Werkzeugmaschinen, Elektronik und optischen Instrumenten, sondern verfügte im Westen auch über einen beträchtlichen, wenn auch schwindenden Markt. Die Zukunft gehörte jedoch der Mikroelektronik und computergesteuerten Werkzeugmaschinen (CAD/CAM). Vom COCOM (Coordinating Committee on Multilateral Export Controls – von den USA 1949 gegründeter „Koordinationsausschuss für mehrseitige Ausfuhrkontrollen“, der nicht nur NATO-Mitglieder umfasste, sondern auch Japan und Australien) festgeschriebene und durchgesetzte Handelsbeschränkungen des Kalten Krieges verboten den Export von Computern und Mikroelektronikgeräten in den Sowjetblock.

Im Rahmen des „Sozialismus in einem Land“ sahen die SED-Spitzen keine andere Alternative, als trotz der immensen Kosten ihre eigene Mikroelektronikindustrie zu entwickeln – insbesondere da diese für den ganzen Sowjetblock produzierte, wie wir in „Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa“ erklärten. Dass die DDR, von Spionage abgesehen, von internationaler Hochtechnologie isoliert war, lähmte sie jedoch. Sie versuchte, eine Hightech-Industrie auf Grundlage einer Industrieinfrastruktur aufzubauen, die um 10–15 Jahre veraltet war. Fünfzehn Milliarden Mark wurden 1986–89 für Mikroelektronik ausgegeben – die Hälfte aller Ausgaben für die gesamte Elektrik- und Elektronikindustrie. Planungschef Schürer bezeichnete das ganze Projekt 1988 trotzdem als Fehlschlag und wollte es aus finanziellen Gründen einstampfen.

Schauen wir uns Trotzki's Maß für technologische Entwicklung an: die Arbeitsproduktivität, gemessen in Produktionskosten und Preisen. Erst 1985 fing die DDR an, 256-Kb-Chips herzustellen – *acht Jahre später als der Weltstandard*. Jeder Chip kostete *530 Mark*, brachte jedoch nur 4–6 DM auf dem Weltmarkt. Schürer berichtete 1989, das Ziel seien

500000 Chips, doch selbst mit zusätzlichen Maschinen aus dem Westen könnten nur 90000 produziert werden. Handelsminister Werner Jarowinski erinnerte den Planungschef daran, dass das „kleine Österreich“ 50 Millionen Stück herstellte und die Weltproduktion 800 Millionen betrug! Als Gorbatschow 1986 an „einer Vorführung des Prototypen des vielgerühmten ostdeutschen Ein-Megabyte-Chip“ teilnahm, „ruinierte der Sowjetführer beinahe die gesamte Veranstaltung. Als er den Chip sah, fragte er, wann er in großen Stückzahlen produziert werden könnte, und wurde schnell weggeführt“ (Kopstein, a.a.O.). Als der 1-MB-Chip 1989 in die Produktion ging, wurde sein Preis mit mehr als 1100 Mark subventioniert, um die Produktionskosten zu decken.

RGW und Ostdeutschland

Als Antwort auf den Marshall-Plan des Kalten Krieges hatte Moskau im Januar 1949 den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geschaffen. Die DDR wurde 1950 aufgenommen. Anstelle von transnationaler Wirtschaftsplanung und -integration zur Ausnutzung einer Arbeitsteilung innerhalb des Sowjetblocks musste jedes Land eine verkleinerte Version der sowjetischen Wirtschaftsautarkie nachbilden, gesponsert durch (damals) günstige sowjetische Energieexporte. In den 1970ern war Handel, soweit er überhaupt stattfand, das Ergebnis von bilateralem Austausch. Versuche, innerhalb des RGW transnationale Entwicklungsprojekte und Ansätze zentraler Planung zu fördern, krankten an der wachsenden Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten von Westkrediten zur Finanzierung hochwertiger und hochtechnologischer Importe aus dem Westen. Immer mehr mussten hochwertige Erzeugnisse für harte Währung und für den Westen reserviert werden, um Schuldverpflichtungen nachzukommen, während minderwertige Produkte unter RGW-Mitgliedern getauscht und gehandelt wurden. Dies wiederum zwang den Sowjetblock in noch größere Abhängigkeit von Westkrediten und -gütern, und so nahm der Teufelskreis seinen Lauf. Die 1957 gegründete kapitalistische Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erreichte verglichen damit eine viel größere wirtschaftliche Integration. Wie wir in „RGW scheitert am Nationalismus“ ausführten:

„In den 60er-Jahren schlugen einige rational eingestellte sowjetische und osteuropäische Ökonomen vor, der RGW solle eine unabhängige Preisstruktur entwickeln, die die relativen Produktionskosten in der Region widerspiegelt. Dieser ausgesprochen vernünftige und gerechte Vorschlag kam nie über die Seminare von Forschungsinstituten hinaus.

Warum nicht? Weil die stalinistischen Bürokratien zutiefst nationalistisch sind und natürlich ihren ‚sozialistischen‘ Handelspartnern nicht trauen. Sie alle glauben an den ‚Aufbau des Sozialismus in ihrem Land‘. Der Kreml dachte nicht im Traum daran, der DDR irgendwelche Kontrolle zu geben über die Preise seiner Ölexporte. Umgekehrt hätten die Berliner Bonzen sowieso nicht den Moskowitern erlaubt, die Preise zu beeinflussen, die sie für elektrische Maschinen verlangen. Also tauschen die UdSSR und die DDR Erdöl und Maschinen zu Bedingungen, die vom Rockefeller-Imperium und von Siemens bestimmt werden! Wie wir gesagt haben: Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Was man braucht, ist eine international zusammengefasste zentrale Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterräte-demokratie.“

Trotz des wachsenden wirtschaftlichen Nationalismus im Sowjetblock betrieb die DDR 66 Prozent ihres Außenhandels mit RGW-Staaten. In den 80ern stieg der Anteil der DDR-Werkzeugmaschinenproduktion, der in die Sowjetunion ging, trotz sowjetischer Beschwerden über sinkende Qualität von 75 auf 85 Prozent. Obwohl ihr eigener Eisenbahn-Fuhrpark und ihr Schienennetz heruntergekommen

SPARTAKIST  NUMMER 27 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2009 1,50 €

**Nieder mit Exekutivämtern
des kapitalistischen Staates!**

**Marxistische Prinzipien
und Wahltaktik**
SEITE 4

**Gegen die Apologeten des Verrats der POUM,
damals und heute**

**Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik
im Spanischen Bürgerkrieg**
SEITE 27

Frauen und Revolution

**Arbeiterinnen und die
Widersprüche im heutigen China**
Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!
Für proletarisch-politische Revolution!
SEITE 72

Gérard Le Métell, 1959–2007.....3

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 27, Frühjahr 2009
€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

waren, war die DDR weltgrößter Exporteur von Personenzügen – wiederum hauptsächlich in die UdSSR. Ihre Rohstoffe, darunter 80 Prozent ihres Öls, ihr gesamtes Erdgas sowie der Großteil ihres Eisens und der Nichteisenmetalle kamen fast vollständig aus der Sowjetunion. Als sich jedoch der Sowjetblock zum Kauf fortgeschrittener Werkzeugmaschinen und Mikroelektronik immer mehr dem Westen wandte und für RGW-internen Handel harte Währung verlangt wurde, traf das die DDR besonders hart.

Eine der wichtigsten Aufgaben der proletarisch-politischen Revolutionen, für die wir kämpften, war die politische, militärische und ökonomische Vereinigung der Arbeiter von Ostberlin über Moskau bis Shanghai. In „Schluss mit der abgewirtschafteten stalinistischen Autarkie! Effektive Planwirtschaft durch Arbeiterdemokratie!“ (*Arprekorr* Nr. 9, 19. Dezember 1989), unserer Erklärung zur ostdeutschen Wirtschaft an den Außerordentlichen Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei (SED) vom 16./17. Dezember 1989 riefen wir die DDR auf, sich *nach Osten zu wenden* und gegen die Perestroika-Kampagne der Sowjetunion vorzugehen. Dann könnte „eine gewisse Stabilität durch gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch von Gütern und Rohmaterialien erreicht werden, auf der Basis von Weltmarktpreisen, hoher Qualität und ausreichendem Angebot, damit die ökonomischen Stärken der DDR und der UdSSR sich ergänzen können“. In der Erklärung kommen wir zu dem Schluss:

„All diese Ziele müssen mit einer energischen Offensive für eine ähnliche proletarische politische Erneuerung in der Sowjetunion verbunden werden, damit sich eine weit umfangreichere Gesamtwirtschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gegen die Fünfte Kolonne der Sozialdemokraten verteidigen kann, die den Kapitalismus restaurieren wollen, und gegen breite Teile der Intelligenz, die sich – manchmal naiverweise – einbilden, dass sie das süße Leben der neuen kapitalistischen Herren führen werden. Fürs erste, *richtet den Blick nicht nach Westen, sondern nach Osten.*“

Sozialistische Planung kontra Arbeiterkontrolle

Obwohl der Aufstand vom Juni 1953 sich auf ganz Ostdeutschland erstreckte, war er rein ortsgebunden und wurde von Autoritätspersonen in vereinzelt Betrieben geführt. Die Zellenstruktur der SED und das Kombinat/VEB-System hatten die Identifikation der Arbeiter mit ihrem eigenen Arbeitsplatz weiter verstärkt. Diese starke Identifikation war sicher einer der Gründe, warum die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse 1989 nicht die Form von Streiks annahm. Ein Genosse berichtete jedoch, dass es schon vor dem Mauerfall eine starke Stimmung gab, die Direktoren und Betriebsleiter rauszuwerfen und eine Form von Arbeiterverwaltung zu errichten.

Während der beginnenden politischen Revolution kamen umsichtige Arbeiter aus Ostberliner Fabriken mit Organisationsdiagrammen und Lageplänen in unser Büro, um ihre Betriebe unter irgendeiner Art von Arbeiterkontrolle oder Arbeiterverwaltung umzuorganisieren. Das bot uns eine Gelegenheit, Arbeiterräte und sozialistische Planung im Gegensatz zu „Arbeiterselbstverwaltung“ zu erklären. Das war besonders wichtig, weil diese Stimmung in den Betrieben *nicht* mit militantem Klassenkampf einherging. Angesichts der Bonner Anschluss-Kampagne war diese Stimmung sehr empfänglich dafür, von westdeutschen Mitbestimmungsmodellen vereinnahmt zu werden.

Ein Dokument der Vereinigten Linken (VL) von 1989 – „Arbeitspapier zum Thema Betriebsräte im Prozess der

Überführung von Staats- in Volkseigentum“ – zeigte, wo die Reise hinführte. Der Titel sagt alles. „Volkseigentum“ war die Bezeichnung der DDR-Stalinsten für Staatseigentum, um dessen Klassencharakter zu verschleiern. Die VL wollte diesen Schleier ausnutzen und Betriebsräte benutzen, um das Staatseigentum in Verbraucherkooperativen zu liquidieren. Diese würden den Gegensatz zwischen „kommandierter Arbeit“ und „assoziierter Arbeit“ (siehe VL-Dokument auf www.infopartisan.net/archive/1989/ma89015.html) nach und nach auflösen, indem die Betriebsräte in Instrumente der Selbstverwaltung verwandelt werden. Letztlich spielte die VL die Rolle eines linken Feigenblatts für die kapitalistische Konterrevolution. Durch die Artikel „Für zentrale Planung



Jürgens Ost und Europa Photo

Schülerinnen und Schüler lernen Metallbearbeitung im polytechnischen Zentrum des VEB Goldpunkt. DDR war weltweit führend bei Integration von Frauen ins Berufsleben

durch Sowjetdemokratie“ (nachgedruckt in der „Marktsozialismus“-Broschüre) und „DDR: Für Arbeiterräte – Stoppt den Ausverkauf!“ (*Spartakist* Nr. 68, 1. März 1990) waren wir bei unserer Intervention in der DDR bewaffnet, auf diese Fragen einzugehen. In „Für zentrale Planung ...“ schreibt Genosse Seymour:

„Aber die einzelnen Arbeiterräte über Produktion und Preise entscheiden zu lassen hieße, die Anarchie des Marktes wiederherzustellen. Auch können Fabrikräte nicht über Umfang und Zusammensetzung der Investitionen entscheiden, da einzelne Gruppen von Arbeitern keinen unbegrenzten Anspruch auf das Staatsbudget haben, d. h. auf das *kollektive gesellschaftliche Mehrprodukt.*“

Tatsächlich war das eine Rückkehr zu Proudhons „kleinbürgerlichem Sozialismus“. Es durchzieht aber auch verschiedene Wirtschaftsreformmaßnahmen der DDR, vom NÖS bis zu den Kombinat. Demgegenüber zitieren wir in der „Marktsozialismus“-Broschüre Trotzki's Werk „The Soviet Economy in Danger“ (Die Sowjetwirtschaft in Gefahr) von 1932:

„Nur durch das Zusammenwirken dieser drei Elemente, der staatlichen Planung, des Marktes und der Sowjetdemokratie, kann eine korrekte Wirtschaftsführung der Übergangsepoche erreicht werden.“

Der Artikel „Für Arbeiterräte – Stoppt den Ausverkauf!“ stellt die Geschichte der Arbeiterräte in Deutschland und den Unterschied zu Betriebsräten dar und führt dann aus:

„Betriebsräte ... beschränken die Arbeiter auf Fragen des einzelnen Betriebs. Wenn die westlichen Kapitalisten sich daran machen, gelbe ‚Gewerkschaften‘ zu organisieren, dann tun sie das meist schrittweise von Betrieb zu Betrieb. Sogar diejenigen, die zu Betriebsräten in einer

unabhängigen DDR, einem Arbeiterstaat, aufrufen, versuchen oft, eine Planwirtschaft zugunsten einer ‚Marktwirtschaft‘ aufzugeben, in der jeder Betrieb auf sich allein gestellt ist...

Arbeiterräte dagegen sind in Zeiten des scharfen Klassenkampfes der arbeitenden Menschen entstanden. Sie können als Organe der revolutionären Macht dienen, um die Gesellschaft unter der Herrschaft des Proletariats neu zu organisieren. Diese Rolle spielten die russischen Arbeiterräte, die Sowjets, unter Führung der Bolschewiki von Lenin und Trotzki in der Oktoberrevolution 1917. Aber unter reformistischen/zentristischen Irreführern können Arbeiterräte, die die Staatsmacht an ein bürgerliches Parlament abgeben, ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft der Kapitalisten sein. Das geschah in Deutschland nach dem November 1918 und führte zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Der Schlüssel ist die revolutionäre Führung.“

Eine revolutionäre Führung zu schmieden war Dreh- und Angelpunkt unserer Intervention in der DDR 1989/90. In unserem Aufruf zur Gründung von Spartakist-Gruppen, den wir in unserer damals fast täglich herausgegebenen Zeitung *Arbeiterpressekorrespondenz* veröffentlichten, schrieben wir unter anderem:

„Die Frage stellt sich heute ganz direkt: welche Klasse soll herrschen, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Das Schicksal der DDR und jeder sozialen Errungenschaft, die sie verkörpert, steht auf dem Spiel. Wir stehen auf der Seite all derer, die Mitglieder der stalinistischen SED sind oder bis vor kurzem waren oder zu den zahlreichen anderen gehören, die eine sozialistische Welt aufbauen wollen, auf der Seite all derer, die schwören, dass Hitlers Erben nicht enteignen dürfen, was durch die Plackerei der Arbeiter aus den Trümmern entstanden ist.

Der Schlüssel dazu: eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, die alle revolutionären internationalistischen Kräfte in eine deutsche Sektion einer wiedergeborenen Vierten Internationale umgruppiert. Lasst uns anfangen: Gründet SPARTAKIST-Gruppen, um euch die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe anzueignen, um mit revolutionärer Propaganda zu intervenieren, um eine neue KPD zu schmieden – eine kommunistische Massen-Avantgardepartei, die die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen zur Macht führen wird. Von Lenin und Trotzki lernen heißt siegen lernen!“ (*Arprekorr* Nr. 1, 7. Dezember 1989)

Der „Offene Brief an alle Kommunisten“ (*Arprekorr* Nr. 18, 12. Januar 1990) war eines der begehrtesten unserer Propagandastücke und half uns, Soldaten und Offiziere, die die Kommunistische Plattform der PDS unterstützten, zu gewinnen. Er half auch, unsere Forderung nach Arbeiter- und Soldatenräten zu konkretisieren. Zusätzlich zu einem Aktionsprogramm für den Kampf gegen die Faschisten und für die Verteidigung ausländischer Arbeiter und Angehöriger der Roten Armee enthält der Brief eine Reihe von Fragen, die Arbeiter ihren Betriebsdirektoren und -leitern stellen sollten:

- „– Wer bevollmächtigt die Generaldirektoren/Direktoren eigentlich dazu, das Volkseigentum zu verschleudern?
- Wie groß sind bereits Einfluss und Anteil des Kapitals in den Betrieben?
- Sind Entlassungen durchgeführt bzw. geplant?
- Sind neue Privilegien für bestimmte Schichten geplant?
- Wer versucht nach SPD-Manier nun auch in der DDR eine illegale Berufsverbotepraxis durchzusetzen, die sich vorrangig gegen Mitglieder der SED-PDS richtet?
- Wird es Sozialabbau geben, d. h. z. B. Lohnkürzungen?
- Gibt es auch in Zukunft noch das Mütterjahr?“

Das Ziel war, die Basis gegen die Führung zu kehren, d. h. die Arbeiter politisch auf die Notwendigkeit zu stoßen, selber die Führung *ihrer* VEBs in die Hand zu nehmen ge-

gen die Ausverkaufsbestrebungen der stalinistischen Bürokraten, was auch einen Konflikt mit dem Ausverkaufsprogramm der SED-PDS sowie mit dem prokapitalistischen konterrevolutionären Programm der SPD und ihrer linken Satelliten bedeutete.

Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!

Der Protest, der am eindeutigsten den Willen eines Teils der DDR-Arbeiterklasse und vieler SED-PDS-Mitglieder demonstrierte, gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für die Verteidigung der Sowjetunion zu kämpfen, fand am 3. Januar 1990 in Berlin-Treptow statt. Diese Mobilisierung eröffnete die Möglichkeit zu organisiertem Widerstand der Arbeiter gegen die Offensive der Imperialisten. In Panik, dass die sowjetischen Arbeiter von ihren ostdeutschen Klassenbrüdern inspiriert werden könnten, unter denen offenkundig der Einfluss von uns Trotzkiisten rapide zunahm, gab Gorbatschow nach Treptow schnell grünes Licht für eine kapitalistische Wiedervereinigung. Kurz darauf verkündete SED/PDS-Ministerpräsident Hans Modrow Ende Januar nach einem Treffen mit Gorbatschow in Moskau „Deutschland einig Vaterland“, d. h. die SED fügte sich dem Verrat und wurde zur PDS mit dem Programm, eine dem deutschen Kapitalismus loyale sozialdemokratische Opposition zu werden. Im diametralen Gegensatz dazu wurde am 21. Januar 1990 die Spartakist-Arbeiterpartei durch die Fusion der ostdeutschen Spartakist-Gruppen und der Trotzkiistischen Liga Deutschlands gegründet, um den Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution aufzunehmen. In unserem Wahlmanifest vom 24. Februar 1990 erklärten wir:

„Karl Liebknecht begrüßte auf der Gründungskonferenz der KPD vor 70 Jahren die neue russische Räterepublik und erklärte seine Solidarität mit dem russischen Proletariat unter der Führung von Lenin und Trotzki. Heute gilt unvermindert: Das Schicksal der russischen Revolution ist mit dem der deutschen Revolution unlöslich verbunden... Ein revolutionäres Zusammengehen der deutschen mit den sowjetischen Arbeitern und Soldaten wird nicht nur das Bollwerk gegen die Pläne der NATO-Revanchisten sein, sondern ein machtvolles Fundament für eine internationale Planwirtschaft.“ („Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Für ein Arbeiterrätedeutschland!“; *Arprekorr* Nr. 24, 20. Februar 1990)

Die internationale Arbeiterklasse, und wir mit ihr, hat mit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion eine große Niederlage erlitten. Im Konferenzdokument unser II. Internationalen Konferenz der IKL vom Herbst 1992 werteten wir unseren Kampf gegen die Konterrevolution von Afghanistan über die DDR bis zur Sowjetunion aus. Dort schrieben wir über unsere Intervention in die DDR:

„Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewusst, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, dass sie alle Armee-Einheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Missverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993)

Es ist notwendig, die richtigen Lehren aus der Konterrevolution zu ziehen und für den Aufbau internationalistischer revolutionärer Arbeiterparteien zu kämpfen als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft. ■

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 2

Das ganze Hin und Her ist einerseits einfacher Opportunismus gegenüber der deutschen Bourgeoisie, andererseits aber auch der Versuch, mit einer pazifistischen Scheinopposition die pazifistischen Gefühle der Massen auszunutzen, um sie von einem Bruch mit dem Kapitalismus abzuhalten und an das kapitalistische System zu binden. Eine Partei, die wirklich gegen imperialistischen Krieg ist, kann nicht pazifistisch sein, denn sie muss für den Sturz der eigenen herrschenden Klasse kämpfen. Im Ersten Weltkrieg rief Karl Liebknecht die Arbeiter auf, den innerimperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die jeweils „eigenen“ Kapitalistenklassen zu verwandeln: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Im Fall von Afghanistan, einem neokolonial unterdrückten Land, treten revolutionäre Marxisten für die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisien ein und beziehen eine militärische Seite mit denjenigen Kräften die gegen die Imperialisten kämpfen, insoweit diese ihre Schläge gegen die imperialistischen Truppen richten. DIE LINKE hingegen hat ihren Frieden mit dem imperialistischen Deutschland längst gemacht und strebt vehement eine Machtbeteiligung an. Der „Pazifismus“ der LINKEN dient nur dazu, der Arbeiterklasse Sand in die Augen zu streuen und sie gegenüber ihrer eigenen räuberischen Bourgeoisie zu entwaffnen.

Unter linken Organisationen in oder außerhalb der LINKEN gab es leise Kritik an der LINKEN-Führung. Hatte die reformistische SAV in der September-Ausgabe der *Solidarität* die LINKE noch dafür gelobt, „eine Reihe sinnvoller Initiativen gestartet“ zu haben wie „Opposition gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Krieg“, so jammert jetzt diese loyale „Opposition“ in der LINKEN darüber, dass es deren Führung nur noch darum geht, „sich auch für die Beteiligung an der nächsten Bundesregierung schon jetzt der SPD anzudienen“. Die SAV will linke Arbeiter und Jugendliche glauben machen, dass die sozialdemokratische LINKE durch Druck der Basis nach links geschoben werden könnte, was die SAV bis in die 90er-Jahre hinein mit der SPD versucht hatte. DIE LINKE ist wie die SPD eine bürgerliche Arbeiterpartei, die eine Arbeiterbasis hat, aber eine durch und durch prokapitalistische Führung. Es ist notwendig, diese Arbeiterbasis von solchen Parteien zu brechen. Die SAV tut das Gegenteil davon. Soweit ihr Einfluß reicht, kettet sie dadurch, dass sie ebenfalls „Pazifismus“ vertritt und sich darüber beschwert, dass die LINKE nicht konsequent genug pazifistisch ist, die Arbeiterbasis an die bürgerliche Führung.

DIE LINKE ist für Kriegseinsätze, wenn diese unter einem UN-Mandat laufen. Das heißt im Grunde nichts anderes, als dass die USA eine geringere Rolle spielen und Staaten wie Deutschland und Russland eine größere. Das ist nur eine andere, alternative, vom US-Imperialismus unabhängige, Strategie des deutschen Imperialismus. Das ist, was der russische Revolutionär Lenin, in Bezug auf die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Sozialchauvinismus nannte. Wie sehr die LINKE dem deutschen Imperialismus ergeben ist, zeigt sich daran, dass sie kein Wort der Kritik an der imperialistischen Besetzung des Balkans äußert, bei der der deutsche Imperialismus eine viel bedeutendere Rolle spielt.

Afghanistan und die sowjetische Intervention

Unterstützung für die bürgerliche Demokratische Partei in den USA oder für die Sozialdemokratie hier in Deutschland und Antikommunismus nach außen sind für große Teile der reformistischen Linken das Hauptmerkmal gewesen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben all diese reformistischen „Sozialisten“ in das Wutgeheul der Imperialisten eingestimmt, die in den 1980er-Jahren den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan forderten.

In dem Augenblick, als die mit der Sowjetunion verbündete Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) im April 1978 an die Macht kam, fing Washington an, die islamischen Mudschaheddin (Heilige Krieger) mit Waffen einzudecken. Als modernisierende Linksnationalisten versuchte die DVPA ein Programm zur Umverteilung des Landes, zur Senkung des Brautpreises, für die Ausbildung von Frauen und für deren Befreiung von der Burka umzusetzen. Diese relativ moderaten Reformen waren im Rahmen des rückständigen, vorfeudalen Afghanistans nichts anderes als revolutionär. Als die riesige Mullah-Kaste einen heftigen Aufstand startete, intervenierte die Sowjetunion im Dezember 1979 nach wiederholten Bitten des bedrängten DVPA-Regimes. Noch unter dem Demokraten Jimmy Carter benutzten die USA die Intervention der Roten Armee, um eine erneute antisowjetische Offensive (den zweiten Kalten Krieg) zu starten, die unter dem Republikaner Ronald Reagan fortgesetzt wurde. Dabei führten sie insbesondere einen Stellvertreterkrieg, der auf die Tötung sowjetischer Soldaten und Offiziere in Afghanistan abzielte.

Für Marxisten war es vollkommen klar, welche Seite die arbeitenden und unterdrückten Massen überall auf der Welt bei diesem Konflikt hatten. Die Gefahr einer von der CIA unterstützten islamischen Machtergreifung an der südlichen Flanke der UdSSR zeigte glasklar die Notwendigkeit der *bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion*, eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates. Darüber hinaus eröffnete die sowjetische Militärintervention die Möglichkeit einer sozialen Befreiung der afghanischen Massen, insbesondere der Frauen. Wir Trotzisten erklärten: *Hoch die Rote Armee! Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans aus!*

Im Gegensatz dazu forderte die Vorläuferorganisation von marx21 (Linksruck), damals Sozialistische Arbeitergruppe (SAG): „Russen raus aus Afghanistan!“ In das gleiche Horn von sozialdemokratischem Antikommunismus stießen die maoistischen Organisationen in Deutschland, die mit Ausnahme vom Kommunistischen Bund (KB) die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan verurteilten. Um ihre Parteinahme für die reaktionären Mudschaheddin und deren imperialistische Schutzherren zu rechtfertigen, griff die reformistische Linke zu der Lüge vom „armen kleinen Afghanistan“ und heulte darüber, dass der „Sowjet-Imperialismus“ auf den nationalen Rechten des Landes herumtrampeln würde. Tatsächlich wäre selbst dann, wenn Afghanistan eine Nation wäre, die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts den vorrangigen Klassen- und sozialen Fragen untergeordnet gewesen – d.h. der Verteidigung der Sowjetunion sowie dem Kampf für Frauenrechte und sozialen Fortschritt in Afghanistan.

Afghanistan ist jedoch keine Nation, sondern ein Flickenteppich von Stämmen und Völkern mit einem winzigen Proletariat. Es gab nicht genügend innere Klassenkräfte zur Unterstützung der DVPA-Reformen, ganz zu schweigen von einer sozialen Revolution. Die sowjetische Militärintervention stellte jedoch die Möglichkeit dar, die Grundherren, die Warlords der Stämme und die Mullahs, die bis dahin die afghanische Gesellschaft beherrscht und ihre Rückständigkeit aufrechterhalten hatten, zu stürzen. Der soziale Fortschritt, der den afghanischen Völkern potenziell offenstand, zeigte sich in dem krassen Gegensatz zwischen Afghanistans ärmlicher Rückständigkeit und den riesigen Fortschritten beim Lebensstandard, bei der Bildung und bei Frauenrechten direkt nördlich der Grenze im sowjetischen Zentralasien, das einst Afghanistan sehr stark geähnelt hatte.

Unter dem Schutz des sowjetischen Militärs begann die afghanische Regierung mit Massen-Alphabetisierungs-Kampagnen und machte medizinische Versorgung zugänglich. Über 300000 Bauern erhielten Land. Ende der 1980er-Jahre

waren die Hälfte der Studierenden in Afghanistan Frauen, und Frauen stellten 40 Prozent aller Ärzte des Landes, 70 Prozent seiner Lehrer und 30 Prozent des öffentlichen Dienstes. Die Zahl der Arbeiterinnen hatte sich vervünfzigfacht und 15 000 Frauen dienten als Soldaten und Kommandeure in der afghanischen Armee. Die Online-Ausgabe des Londoner *Guardian* (30. September 2001) zitierte Saira Noorani, eine Chirurgin, die 2001 Kabul verließ: „Das Leben war unter den Sowjets gut“, sagte Saira. „Jedes Mädchen konnte die Oberstufe und die Universität besuchen. Wir konnten hingehen, wo immer wir wollten, und anziehen, was wir mochten.“ Sie sagte außerdem: „Seit damals ist alles eine lange schwarze Nacht.“

Afghanistan und die amerikanische Intervention

Um die Sowjetunion in Afghanistan militärisch und wirtschaftlich ausbluten zu lassen, führten die USA die größte verdeckte Operation der CIA in der Geschichte durch. Aber die Rote Armee erlitt *keine* militärische Niederlage in Afghanistan. Ein prominenter Kommandeur der Sowjetarmee in Afghanistan, Generalmajor Alexander Liakhovsky, erklärte in seinem Buch *Afghan: Tragedy and Valor* (1995) [Afghanistan: Tragödie und Tapferkeit]: „Während der Zeit des ‚Afghanischen Krieges‘ sind sie [die sowjetischen Soldaten] kein einziges Mal zurückgewichen und haben ihre Positionen niemals aufgegeben.“ Er fügte hinzu: „Sie taten viel Gutes für das afghanische Volk, indem sie ihre friedenserhaltenden Funktionen durchführten (sie machten der Bevölkerung ärztliche Hilfe zugänglich; sie bauten Straßen, Schulen und Krankenhäuser; sie stellten humanitäre Hilfe zur Verfügung und so weiter). Für viele lange Jahre zum Beispiel bewahrten sie Kabul und andere größere Städte vor der Zerstörung, die, wie ich bereits sagte, zu Kriegsgebieten reduziert wurden, nachdem die Mudschaheddin an die Macht kamen, und die jetzt in Trümmern liegen.“

Dieser ehemalige sowjetische General ist nicht der einzige, der anerkennt, dass die Rote Armee nicht militärisch unterlegen war. Sogar am Vorabend des sowjetischen Rückzugs bemerkte ein Autor des Magazins *Soldier of Fortune*, dass die sowjetische Armee „in Afghanistan noch immer hingehen [könnte], wo immer sie will“ (zitiert in dem Buch von Diego Cordovez und Selig S. Harrison, *Out of Afghanistan*, 1995).

Der sowjetische Abzug 1988/89 war ein *politischer* Verrat der stalinistischen Bürokratie unter Michail Gorbatschow, der der kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 in der Sowjetunion selbst die Türen öffnete. Die sowjetische Intervention lief dem nationalistischen Dogma der Stalinisten vom „Sozialismus in einem Land“ zuwider. Gorbatschows Verrat ergab sich aus der ganzen Perspektive der stalinistischen Bürokratie. Diese ordnete die Interessen des internationalen Proletariats dem Versuch unter, ihre eigene privilegierte Position als parasitäre Schicht, die sich auf die kollektivierte Wirtschaft stützt, zu bewahren, wodurch sie die Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats selbst unterminierte. Wir kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu entmachten und die Sowjetunion wieder zum bolschewistischen Internationalismus Lenins und Trozki zurückzubringen. Von Anfang an warnten wir davor, dass die Kreml-Bürokratie in ihrem Streben nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem US-Imperialismus einen Deal auf Kosten der afghanischen Völker machen könnte.

Nach dem sowjetischen Abzug kämpfte die afghanische Regierung drei Jahre tapfer weiter. Das Partisan Defense Committee (PDC) – eine rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist – machte 1989 der DVPA-Regierung ein schriftliches Angebot, gegen die Kräfte der islamischen Reaktion „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod ... zu kämpfen“. Als dieses Angebot abgelehnt wurde,

führte das PDC auf Bitte der afghanischen Regierung eine internationale Spendenkampagne durch, um den zivilen Opfern in der von den Mudschaheddin belagerten Stadt Jalalabad zu helfen, und sammelte über 44 000 Dollar. Die Kampagne wurde in Deutschland vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) aktiv unterstützt.

Als die Mudschaheddin 1992 schließlich Kabul einnahmen und die Frauen wieder versklavten, führten die Mudschaheddin-Milizen der verschiedenen Stämme rachedurstig einen Krieg des Massenmordes, der Folter und Vergewaltigung gegen rivalisierende ethnische Bevölkerungsgruppen durch, der allein in Kabul mindestens 50 000 Tote kostete. Die Taliban, die sich aus der historisch dominanten Bevölkerungsgruppe der Paschtunen rekrutierten, gingen daraus als die stärkste der Mudschaheddin-Fraktionen hervor. Die Taliban kamen 1996 mit der Rückendeckung der pakistanischen Regierung und der Unterstützung des US-Imperialismus an die Macht.

Durch die US/NATO-Invasion 2001 wurden die aus den Paschtunen stammenden Taliban-Fundamentalisten entmachtet und an ihrer Stelle ein Regime installiert, das sich großteils aus einer Koalition von ehemaligen islamischen Mudschaheddin-Milizen zusammensetzte – Tadschiken, Usbeken und Hazara –, die sich in der Nordallianz gruppiert hatten. Karzai wurde von den USA als die paschtunische Galionsfigur ausgewählt, während Warlords der Nordallianz, hauptsächlich Tadschiken, zentrale Sicherheits- und Militärposten erhielten. Das ist mehr oder weniger immer noch das reaktionäre Regime, das bis heute von den USA kontrolliert wird. Karzais Vizepräsidentenskandidat bei den kürzlichen Wahlen, Muhammad Fahim, ist einer der größten Drogenbarone des Landes, während ein weiterer seiner Unterstützer, Abdul Rasul Sayyaf, dafür berüchtigt war, Frauen die Brüste abzuschneiden (*Libération*, 20. August). Und Abdullah Abdullah, ein ehemaliger Außenminister unter Karzai, war einst ein Berater von Ahmed Shah Massoud, einem tadschikischen Mudschaheddin-Anführer. Massoud war ein Schlächter, der 1993 das Massaker an hunderten Männern, Frauen und Kindern der Hazara anordnete und in Kabul bis zu tausend weitere Menschen tötete, als er die Viertel der Hazara zerstörte.

Während die US-Aufseher Afghanistans in zynischer Weise die Notlage der Frauen unter dem abgesetzten Taliban-Regime anprangern, haben sie 2004 eine Verfassung ausgehandelt, in der praktisch das islamische Recht (Scharia) verankert ist. Heutzutage beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung afghanischer Frauen und Männer 44 Jahre (das sind 24 Jahre unter dem weltweiten Durchschnitt für Frauen) und der Alphabetisierungsgrad beträgt 12,6 Prozent. Frauen sind noch immer gezwungen, in der Öffentlichkeit die von Kopf bis Fuß reichende Burka zu tragen. Nach Angaben des afghanischen Bildungsministeriums wurden bis zum frühen Sommer mindestens 478 Schulen, die meisten davon für Mädchen, durch islamistischen Terror zerstört, beschädigt oder aufgrund von Drohungen geschlossen.

Die USA führen ihren „Krieg gegen Terror“, um den unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen. Die Gräueltaten, die der „heilige Krieg“ des Imperialismus gegen die Sowjetunion in Afghanistan hervorbrachte, wie auch die jetzige Besetzung des Landes, zeigen ein weiteres Mal, dass das kapitalistische System ein Hindernis für sozialen Fortschritt und eine Brutstätte für barbarische Reaktionen ist. Unser Zweck ist die Schmiedung einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei die für die Niederlage des deutschen Imperialismus durch sozialistische Revolution kämpft. Im Gegensatz zu unseren reformistischen Opponenten folgen wir dem proletarischen internationalistischen und revolutionären Weg der Bolschewiki von Lenin und Trotzki.

Nach Workers Vanguard Nr. 942, 11. September 2009

Xinjiang...

Fortsetzung von Seite 24

von Han-Arbeitern angegriffen. Wenigstens zwei uigurische Arbeiter wurden getötet und viele verletzt. Der Angriff, der sich über Stunden hinzog, war offenbar durch ein haltloses Gerücht ausgelöst worden, das ein verärgerter ehemals dort beschäftigter Arbeiter in die Welt gesetzt hatte, sechs uigurische Männer hätten eine Han-Frau vergewaltigt. Nachdem die Nachricht über den Vorfall Xinjiang erreicht hatte, waren Uiguren empört über die Untätigkeit der chinesischen Behörden und forderten eine eingehende Regierungsuntersuchung. Diese Klagen gegenüber der chinesischen Regierung, die offenbar berechtigt waren, entschuldigen keinesfalls den mörderischen Amoklauf der Uiguren in Xinjiang gegen ihre Han-Nachbarn.

Xinjiang ist mit seinem Reichtum an Bodenschätzen, vor allem umfangreichen Erdöl- und Erdgaslagerstätten, für China von großer strategischer Bedeutung. Der Präsident des Landes, Hu Jintao, sah die kommunalistische Gewalt in Ürümqi als so ernste und dringliche politische Angelegenheit an, dass er seine Teilnahme am G8-Gipfel in Italien abbrach und nach Beijing zurückkehrte. Welche übergeordnete politische Bedeutung hat der nationale Konflikt zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Xinjiang? Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, den Klassencharakter des chinesischen Staates und seine Beziehung zum Weltimperialismus zu verstehen.

Der Klassencharakter des chinesischen Staates

Die Chinesische Revolution von 1949, gekennzeichnet durch den militärischen Sieg von Mao Zedongs Bauernarmeen über Chiang Kai-sheks Guomindang, zerschlug die Herrschaft der Kapitalisten und Landbesitzer und befreite das Land von der imperialistischen Unterjochung. Die Revolution brachte den chinesischen Arbeitern, Bauern und den zutiefst unterdrückten Frauen gewaltige soziale Errungenschaften. Doch die von der Kommunistischen Partei (KPCh) regierte Volksrepublik China ging aus der Revolution als bürokratisch deformierter Arbeiterstaat nach dem Muster der ehemaligen Sowjetunion unter J.W. Stalin hervor – und ist das bis heute. Eine parasitäre, nationalistische Bürokratenkaste thront über einer kollektivierten Wirtschaft.

Wie ihre sowjetstalinistischen Vorfahren predigten Mao und seine Nachfolger, einschließlich des gegenwärtigen Regimes, die zutiefst antimarxistische Vorstellung, der Sozialismus könne in einem einzigen Lande aufgebaut werden. Marxisten definieren den Sozialismus als eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft auf der Grundlage materiellen Überflusses, die nur auf der Grundlage internationaler Planung aufgebaut werden kann, was unabdingbar den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in den fortgeschrittenen kapitalistischen Zentren Nordamerikas, Westeuropas und Japans erfordert. In der Praxis bedeutete das stalinistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ Anpassung an den Weltimperialismus und Ablehnung einer Perspektive der internationalen Arbeiterrevolution.

Als Trotzlisten treten wir für die bedingungslose militärische Verteidigung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats China gegen Imperialismus und Konterrevolution ein. Als Antwort auf das Streben der chinesischen Arbeiter und ländlichen Werktätigen sowie der nationalen Minderheiten wie der Uiguren nach demokratischen Rechten und einer Regierung, die ihre Bedürfnisse



Sabrie/New York Times

Im Gefolge der kommunalistischen Gewalt schließen sich Uiguren und Han-Chinesen in gemischtem Wohnviertel einer gemeinsamen Selbstverteidigungsgruppe an

und Interessen vertritt, treten wir für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der nationalistischen stalinistischen Bürokratie und zur Errichtung einer Regierung gewählter Arbeiter- und Bauernräte ein, die dem revolutionären proletarischen Internationalismus verpflichtet ist.

In den letzten paar Jahrzehnten hat das stalinistische Beijinger Regime in der Wirtschaft umfangreich Marktmechanismen angewendet und in großem Maße Investitionen westlicher und japanischer Unternehmen und der Offshore-Bourgeoisie von Taiwan und Hongkong gefördert. Eine beachtliche Klasse kapitalistischer Unternehmer – viele davon ehemalige Regierungsfunktionäre und die Kinder amtierender Funktionäre – hat sich auch auf dem Festland herausgebildet. Als Folge davon ist nun im gesamten politischen Spektrum die weitverbreitete Vorstellung zu finden, das einstmalige „kommunistische“ China sei kapitalistisch geworden oder befinde sich zusehends und unwiderruflich auf dem Weg dorthin. Diese Vorstellung ist falsch. Der Kern der chinesischen Wirtschaft basiert immer noch auf dem Kollektiveigentum. Tatsächlich zeigt sich der *nicht* kapitalistische Charakter Chinas deutlich in der gegenwärtigen schweren weltweiten Wirtschaftsrezession.

Man muss nur die Wirkung der Konjunkturprogramme in den USA und China vergleichen. Trotz des von der Regierung der Demokraten unter Barack Obama verfügten 800-



AFP

Chinesische Truppen auf einer Hauptstraße in Ürümqi

Milliarden-Dollar-Konjunkturprogramms sind Produktionsleistung und Beschäftigung weiterhin zurückgegangen. Das Bruttoinlandsprodukt ist um nahezu 4 Prozent niedriger als vor einem Jahr, und die industrielle Produktion sank im selben Zeitraum um 13,6 Prozent. Der offizielle vom Weißen Haus Obamas verbreitete Optimismus, die Wirtschaft habe die Talsohle erreicht, beruht auf dem Umstand, dass die Unternehmer im Juli „nur“ eine Viertelmillion Arbeitsplätze vernichtet haben, etwas weniger als der durchschnittliche Arbeitsplatzabbau in den letzten paar Monaten.

Im Gegensatz dazu hat Chinas Konjunkturprogramm, dessen Schwerpunkt auf Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen durch staatseigene Unternehmen und Regierungsbehörden und auf der Ausweitung von Krediten durch staatlich kontrollierte Banken lag, den massiven Rückgang an



Riboud/Magnum

Nach der Chinesischen Revolution 1949: Bauer klagt bei Volks-tribunal Gutsherren an

Exporteinnahmen praktisch wettgemacht. Die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes stieg von 6 Prozent im ersten Quartal auf 8 Prozent im zweiten Quartal. Richard McGregor, ein Chinabeobachter der Londoner *Financial Times* (9. August) bemerkte: „Beijing hat es geschafft, die chinesische Wirtschaft durch ein massives steuerliches und geldpolitisches Konjunkturprogramm wieder flottzumachen“.

Dennoch hat die weltweite Wirtschaftsrezession die Bedingungen für jene Wanderarbeiter vom Lande massiv verschlechtert, die in Fabriken schufteten, die sich im Besitz ausländischer und chinesischer Offshore-Kapitalisten befinden und Leichtindustrieerzeugnisse für den Export produzieren. Viele mussten, zumindest vorübergehend, in ihre Dörfer zurückkehren, darunter Uiguren aus Xinjiang. Verarmte uigurische und auch Han-Jugendliche in den Dörfern und Städten Xinjiangs können jetzt ihre Lage nicht mehr verbessern, indem sie sich bei den im Besitz von Kapitalisten befindlichen Fabriken, die für den Export produzieren, eine Anstellung verschaffen. In diesem Sinne haben die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems und die Anpassung des Beijinger stalinistischen Regimes an dieses System den nationalen Zwist zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Xinjiang verschärft.

Auf ihre eigene Art und Weise erkennt die imperialistische Bourgeoisie an, dass China immer noch die sozialen und nationalen Errungenschaften der Revolution von 1949 verkörpert. Das Land gehört wie bisher nicht ihnen. Das Endziel der US-, europäischen und japanischen imperialistischen Mächte ist es, den Kapitalismus in China wiederinzuführen und das Land erneut zu halbkolonialer Unterjochung zu degradieren. Bei der Verfolgung dieses Ziels haben die Imperialisten reaktionäre, nationalistische Kräfte mit Verbindungen zur Religion unter den Nicht-Han-Völkern – Tibetern und Uiguren – von Chinas westlichen Grenzregionen ermutigt und unterstützt. Daher muss die nationale Auseinandersetzung in Xinjiang zwischen Uiguren und Han in den übergeordneten Zusammenhang der imperialistischen Feindschaft gegenüber dem deformierten Arbeiterstaat China eingeordnet werden.

führen und das Land erneut zu halbkolonialer Unterjochung zu degradieren. Bei der Verfolgung dieses Ziels haben die Imperialisten reaktionäre, nationalistische Kräfte mit Verbindungen zur Religion unter den Nicht-Han-Völkern – Tibetern und Uiguren – von Chinas westlichen Grenzregionen ermutigt und unterstützt. Daher muss die nationale Auseinandersetzung in Xinjiang zwischen Uiguren und Han in den übergeordneten Zusammenhang der imperialistischen Feindschaft gegenüber dem deformierten Arbeiterstaat China eingeordnet werden.

Stalinistische Missherrschaft und der nationale Konflikt in Xinjiang

Der spezifische Charakter der nationalen Unterdrückung in Xinjiang hat sich als Folge der Entwicklungen seit der Revolution von 1949 erheblich gewandelt. Damals waren 75 Prozent der Bevölkerung der Region Uiguren, weniger als 7 Prozent Han-Chinesen. Heute sind von den 21 Millionen Menschen in Xinjiang 45 Prozent Uiguren und 40 Prozent Han. Darüber hinaus ist die Han-Bevölkerung in den Städten konzentriert und hatte schon 1949 in der Provinzhauptstadt Ürümqi die Mehrheit gebildet.

Anfangs war die Einwanderung von Han in die relativ ärmliche, abgelegene Provinz Xinjiang das Ergebnis einer planmäßigen Regierungspolitik und besonderer Anreize gewesen. Doch etwa seit dem letzten Jahrzehnt erfuhr Xinjiang selbst nach chinesischen Maßstäben einen Wirtschaftsboom, der sich hauptsächlich aus der Erschließung seiner Öl- und Erdgaslagerstätten speiste. Offiziellen Zahlen zufolge verdoppelte sich zwischen 2004 und 2008 das Bruttoinlandsprodukt der Region von 28 Milliarden auf 60 Milliarden Dollar. Dieser Boom hat Han-Chinesen aller Klassen, von kapitalistischen Unternehmern bis zu ungelerten Arbeitern, angezogen, die ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Das heißt, die sich wandelnde demografische Lage ist nicht nur der

Politik und den Absichten des KPCh-Regimes geschuldet, wengleich die Uiguren sich beschwerten, dass sie weiterhin selbst von ungelerner Arbeit ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig haben der weitverbreitete Einsatz von Marktmechanismen in der Wirtschaft und der ausgedehnte private Sektor die Kluft zwischen den einheimischen Völkern und der wachsenden Anzahl von Han-Chinesen in den westlichen Grenzregionen verstärkt. Vor allem in Privatunternehmen, aber auch im staatlichen Sektor, beruht die Einstellung von Mitarbeitern oft auf Vetternwirtschaft, anderen persönlichen Beziehungen oder regelrechter Diskriminierung zu Gunsten der Han-Chinesen. Doch selbst wenn die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nur durch individuelle Fähigkeiten entschieden würde, hätten Han-Chinesen den Uiguren gegenüber immer noch einen Vorteil: Sie sind bei weitem qualifizierter und gebildeter, sie können vor allem fließend Mandarin sprechen, die Verkehrssprache Chinas.

Damit scheint der wirtschaftliche Boom des vergangenen Jahrzehnts in Xinjiang die Verbitterung der Uiguren gegenüber den Han-Chinesen als sozial privilegierter und politisch dominanter Nationalität eher verstärkt als abgeschwächt zu haben. Zwei China-Korrespondenten der Londoner *Financial Times* (7. Juli) berichten:

„Die Sanierung alter Städte und der Zuzug reicherer Han-Chinesen änderten die örtlichen Wirtschaftsstrukturen grundlegend, was viele Uiguren ihre traditionellen Arbeitsplätze kostete...“

Währenddessen wuchs die Wirtschaft von Xinjiang in den letzten sechs Jahren um mehr als 11 Prozent jährlich, mehr als im nationalen Durchschnitt. Der durch dieses

rasante Wachstum geschaffene Reichtum konzentrierte sich in den Taschen der neuen Immigranten und vergrößerte die Kluft zwischen Reich und Arm, Han und Uiguren, beklagen sich einige Einheimische.“

Die Feindschaft zwischen Uiguren und Han-Chinesen hat jahrhundertealte, historische Wurzeln. Doch diese Feindschaft ist durch die Auswirkungen stalinistischer bürokratischer Missherrschaft, vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten, verschärft worden. Gleichzeitig ist es wichtig anzuerkennen, dass die Uiguren, wie andere Arbeiter und ländliche Werktätige in ganz China, enorm von der fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik nach 1949 profitiert haben. Seit der Revolution ist die Kindersterblichkeit in Xinjiang stetig gesunken, während die Lebenserwartung, die 1949 30 Jahre betrug, bis zum Jahr 2000 auf 67 Jahre angestiegen war.

Doch heute vergleichen junge Uiguren und Uigurinnen ihre Lebensbedingungen viel eher mit denen der Han-Neuankömmlinge und nicht mit denen ihrer Eltern und Großeltern. Und daran gemessen sind sie eindeutig benachteiligt. Sicherlich hat das stalinistische Regime sich bemüht, mehr Uiguren und andere Angehörige nationaler Minderheiten in die höheren Ebenen des Sozialgefüges einzugliedern. So bekommen uigurische Schüler bei den standardisierten Eignungsprüfungen für den Universitätszugang zusätzliche Punkte gutgeschrieben. Allerdings haben solche Maßnahmen angesichts der Tatsache, dass die Masse der Uiguren in ihren Heimatgebieten auf den untersten Stufen einer neu gestalteten Gesellschaft lebt, nur symbolischen Charakter.

Die chinesischen stalinistischen Führer, die vor allem darum bemüht sind, die soziale „Ordnung“ aufrechtzuerhalten, erkannten die Gefahr, die ihnen durch die wachsende Feindschaft der ärmeren Uiguren gegenüber den wohlhabenderen Han droht. Aber anstatt daranzugehen, die uigurische Bevölkerung *innerhalb* Xinjians auf das Niveau der Han zu erheben, bediente sich die KPCh des Sicherheitsventils der inneren Auswanderung zu den Fabriken und Baustellen des küstennahen Chinas.

Von 2002 an richtete die Regierung ein Arbeitskräfteexportprogramm für uigurische Jugendliche aus einkommensschwachen Familien ein. Dieses Programm bot den Teilnehmern beträchtliche Vorteile: zwei- oder dreifach so hohe Löhne, wie man sie zuhause verdienen konnte, Ausbildung an moderner Industrierausrüstung, Mandarin-Sprachkurse und kostenlose Gesundheitsversorgung. Aber es wurde auch staatlicher Zwang ausgeübt in Form von harten Geldstrafen für jene Uiguren, die sich trotz solcher materieller Anreize weigerten, ihr Zuhause zu verlassen, um Tausende Kilometer entfernt in fremden Städten zu arbeiten.

Es arbeiten schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen aus Xinjiang, vorwiegend Uiguren, anderswo in China. Doch dieses Sicherheitsventil wird jetzt durch die Auswirkungen der weltweiten kapitalistischen Rezession geschlossen. Berichten zufolge waren die Täter und die Opfer der Unruhen vom letzten Monat in Ürümqi, Uiguren wie Han, vor allem Arbeitslose und Saisonwanderarbeiter.

Was ist also zu tun? Eine Arbeiter- und Bauernregierung in China, die aus einer proletarisch-politischen Revolution hervorgeht, würde eine rational geplante und zentral gelenkte Wirtschaft auf der Grundlage staatseigener Unternehmen errichten. (Dies würde den Einsatz von Marktmechanismen zu bestimmten Zwecken und auch eine begrenzte

Rolle des privaten Sektors, einschließlich des in ausländischem Besitz befindlichen, nicht ausschließen.) Nur ein solches System wäre in der Lage, die bestehende und sich ausweitende sozioökonomische Kluft zwischen Uiguren und Han in Xinjiang zu verkleinern. Damit Uiguren gleichberechtigt mit den Han-Chinesen im Gebrauch moderner industrieller Technologien ausgebildet werden, müssen dafür ausreichende Ressourcen in verstärktem Maße zur Verfügung gestellt werden. Doch zur Erreichung eines Niveaus materiellen Überflusses für alle Völker Chinas bedarf es letztendlich der Hilfe eines sozialistischen Japans oder eines sozialistischen Amerikas, was wiederum die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Revolution unterstreicht.

Entscheidend dafür, dass echte nationale Gleichheit in



Reuters

Oberhaupt des Weltkongresses der Uiguren Rebiya Kadeer (links) bei Pressekonferenz in Washington mit republikanischem Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher (Mitte) und Demokraten William Delahunt, 10. Juli

Xinjiang erreicht wird, ist es, die stalinistische Politik der erzwungenen Durchsetzung chinesischen Einflusses rückgängig zu machen, insbesondere das Bestreben, die uigurische Sprache zu Gunsten von Mandarin an den Rand zu drängen. Der KPCh-Chef von Xinjiang, Wang Lequan, erklärte Minderheitensprachen wie Uigurisch als „im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß“ (*New York Times*, 10. Juli). Wang spricht hier die Sprache des Mandarinats des alten kaiserlichen Chinas, übersetzt in stalinistischen Nationalismus und Han-Chauvinismus von heute. Seit 2002 war an der Universität von Xinjiang wenigstens während der ersten beiden Studienjahre Mandarin die einzige Sprache, die in Lehrveranstaltungen verwendet wurde. Gleichzeitig haben Kinder von uigurischen Familien der unteren Klassen kaum die Möglichkeit, fließendes Mandarin zu lernen. Unter einer Arbeiter- und Bauernregierung würde es auf allen Ebenen der Ausbildung von der Vorschule bis zur Universität wirkliche Zweisprachigkeit geben. Uiguren könnten in allen wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen ihre eigene Sprache genauso benutzen wie Mandarin, ob sie es nun mit Fabrikmanagern oder mit Regierungsbeamten zu tun haben.

Eine derartige Sprachenpolitik verlangen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus – d.h. Gleichheit für alle Völker in allen Lebensbereichen. Das Beispiel, nach dem wir uns richten, ist das bolschewistische Regime unter der Führung von Lenin und Trotzki, das aus der Russischen Revolution von 1917 hervorging. Das zaristische Russland wurde von Lenin treffend als „Völkergefängnis“ beschrieben. Nach ihrer Machtübernahme verwirklichten die Bolschewiki

die Politik, für die sie immer gekämpft hatten: Gleichheit für alle Völker, Ethnien und Sprachen, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung für die unzähligen im Zarenreich unterdrückten Nationen.

In China macht die Han-Mehrheit etwa 90 Prozent der Bevölkerung aus. Nur eine dem proletarischen Internationalismus verpflichtete leninistisch-trozkistische Partei kann den Han-Chauvinismus wirksam bekämpfen, unter anderem durch die Mobilisierung des Han-Proletariats zum Kampf für die Gleichheit aller Völker Chinas. Und nur solch eine Partei kann die Bestrebungen reaktionärer uigurischer, von den Imperialisten unterstützter Nationalisten und Islamisten bekämpfen, die den gerechtfertigten Groll der uigurischen Massen gegenüber der chinesischen stalinistischen Missherrschaft zu konterrevolutionären Zwecken auszunutzen versuchen.

Weltkongress der Uiguren: eine Agentur des Imperialismus

Es liegt eine historische Ironie und tiefe politische Bedeutung in der Tatsache, dass sowohl uigurische Islamisten als auch die führende Person im Weltkongress der Uiguren ursprünglich von der chinesischen stalinistischen Führung finanziell unterstützt und gefördert wurden. In den 1970er- und 80er-Jahren unterhielt China eine strategische Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, eine Politik, die von Mao Zedong initiiert worden war. Im Rahmen dieser reaktionären Allianz bildete das Beijinger Regime religiös gesinnte junge Uiguren (die sunnitische Muslime waren) aus und entsandte sie nach Afghanistan, damit sie sich den dortigen von der CIA unterstützten Mudschaheddin-Mörderbanden anschließen, die gegen die sowjetischen Truppen kämpften.

Damit unterstützte die chinesische Bürokratie kriminellerweise den amerikanischen Imperialismus, indem sie die Sowjetunion schwächte und unterminierte und dabei gleichzeitig dem konterrevolutionären Kreuzzug des Imperialismus gegen die UdSSR Vorschub leistete. Wir Trozkisten begrüßten die Intervention der Roten Armee in Afghanistan, nicht nur als elementaren Ausdruck unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates, sondern auch als das einzige Mittel zur Verwirklichung sozialen Fortschritts – nicht zuletzt für die grauvoll unterdrückten Frauen – im vorfeudalen Afghanistan.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92 wandte sich die Hauptmacht der militanten Islamisten, re-

präsentiert von Osama bin Ladens Al-Qaida, gegen ihre ehemaligen US-Herren. In ähnlicher Weise lenkten die uigurischen Heiligen Krieger, die in Afghanistan gekämpft hatten, ihr Feuer auf die Regierung der KPCh. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September 2001 bemerkte *Jane's Security News*, die Verbindungen zum britischen Geheimdienst hat: „Die chinesische Strategie an dieser Front [Afghanistan] hatte für Beijing negative Konsequenzen, da die zurückkehrenden uigurischen Heiligen Krieger den bereits schwelenden Aufbruch für ein unabhängiges muslimisches Ostturkestan in Xinjiang anheizten“.

Tatsächlich kehrten die meisten der uigurischen Heiligen Krieger nicht nach China zurück. Die exilierten Islamisten könnten sehr wohl Verbindungen zu kleinen, undurchsichtigen uigurischen Terroristengruppen wie der Islamischen Ostturkestan-Bewegung haben, die in Xinjiang operiert. Tatsächlich hat die konterrevolutionäre Zerstörung der UdSSR in ganz Zentralasien zu einem Wiederaufstieg des islamischen Fundamentalismus geführt. Was die chinesische stalinistische Regierung angeht, so hat sie sich dem weltweiten „Krieg gegen den Terror“ verpflichtet und so wieder einmal die Imperialisten in Washington ermutigt, die jetzt die kommunalistischen Unruhen in Xinjiang ausschalten, um ihre konterrevolutionären Bestrebungen gegenüber China voranzutreiben.

Weit wichtiger als die uigurischen islamistischen Terrorgruppen ist der Weltkongress der Uiguren wegen der Unterstützung, die er vom US- und auch vom deutschen Imperialismus erhält. Der WUC bekommt finanzielle Unterstützung von der National Endowment for Democracy in Washington, einer berüchtigten Tarnorganisation für die CIA. Die Hauptakteurin der Organisation ist eine gewisse Rebiya Kadeer, die sich selbst „Mutter der uigurischen Nation“ nennt. Kadeer begann ihre Karriere in China als erfolgreiche und wohlhabende Kapitalistin und wurde Mitglied des Nationalen Volkskongresses, des Parlaments des KPCh-Regimes, das Entscheidungen abnicken soll. Doch im Jahre 1997 fiel diese Ikone für Chinas neue Kapitalistenklasse in politische Ungnade, nachdem ihr Ehemann, der in die USA geflohen war, in Sendungen von Voice of America, dem offiziellen Regierungssender, für Ärger gesorgt hatte. Zwei Jahre später wurde sie, als sie im Begriff war, eine Delegation von US-Kongressmitarbeitern zu treffen, verhaftet und beschuldigt, „geheime Informationen an Ausländer weiterzugeben“. Bis 2005 war sie inhaftiert. Nach ihrer Freilassung zog sie nach Washington und betätigte sich im Bollwerk des Weltimperialismus. Mehr als einmal erhielt Kadeer eine Audienz bei George W. Bush, der sie prompt „Apostel der Freiheit“ nannte.

Die kommunalistischen Unruhen in Ürümqi fanden etwas über ein Jahr nach den mörderischen Angriffen von Tibetern unter der Führung buddhistischer Lamas gegen han-chinesische Einwohner in der Hauptstadt Lhasa statt (siehe „Konterrevolutionäre Unruhen in Tibet“, *Spartakist* Nr. 171, Mai 2008). Ein Großteil der westlichen bürgerlichen Medien zog Parallelen zwischen den beiden Ereignissen und verurteilte scheinheilig die chinesischen Kommunisten wegen ihrer Brutalität gegenüber den nationalen Minderheiten des Landes.

Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch wichtige Unterschiede zwischen den han-feindlichen Unruhen im letzten Jahr in Tibet und der kommunalistischen Gewalt in Xinjiang im Juli. Die Ähnlichkeit besteht in dem reaktionären Charakter der vom Imperialismus unterstützten Exilkräfte, die vorgeben, die Völker der Tibeter und Uiguren zu vertreten. Der Unterschied liegt in dem tatsächlichen Einfluss, den diese Kräfte in den westlichen Grenzregionen Chinas in Wirklichkeit haben.



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard,
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
*Black History and the
Class Struggle*

Luftpost € 18,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

Der Dalai Lama floh 1959 nach der Unterdrückung eines von der CIA organisierten und bewaffneten lamaistisch-aristokratischen Aufstands nach Indien. Seither wurde er von seinen imperialistischen Herren und Meistern sozusagen zur obersten Inkarnation des Widerstands gegen die chinesische kommunistische Regierung erhoben. Der Dalai Lama ist eine politische Persönlichkeit von einiger Bedeutung auf der internationalen Bühne. Rebiya Kadeer vom WUC hat alles Erdenkliche versucht, um sich und ihre Sache mit Tibets „lebendem Gott“ zu identifizieren, der eine kurze Einleitung zu ihrer Autobiografie beisteuerte. Dennoch schenken vor der kommunalistischen Gewalt vom Juli in Xinjiang nur wenige Menschen Kadeer und ihrer Gruppe Aufmerksamkeit, abgesehen von ihren CIA-Agentenführern.

In Tibet hatte die Politik des KPCh-Regimes dazu geführt, eine zahlenmäßig starke und verhältnismäßig wohlhabende buddhistische Priesterkaste wiederherzustellen. Die Lamas sind die Speerspitze sowohl der inneren Reaktion als auch imperialistischer Provokationen, wie der Unruhen vom vergangenen Jahr. Dagegen war es die Politik Beijings in Xinjiang, das Entstehen einer sozial und politisch einflussreichen islamisch-klerikalen Kaste zu verhindern. Moscheen müssen beim Staat registriert sein und Imame benötigen eine Regierungsgenehmigung. Im Moment existiert kein organisiertes Netzwerk islamischer Kleriker, das als effektive Verbindung zwischen den imperialistischen Feinden der Volksrepublik China und den unzufriedenen uigurischen Massen fungieren könnte. Nach allem, was man weiß, waren die Geschehnisse in Ürumqi im Juli vor allem ein spontaner Ausbruch ethnischen Hasses auf Seiten der beteiligten Uiguren, der durch deren relative wirtschaftliche Benachteiligung geschürt wurde.

Reformisten und die Xinjiang-Unruhen

Dem imperialistischen Kreuzzug zur konterrevolutionären Zerstörung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats haben sich reformistische „Sozialisten“, wie die International Socialist Organization (ISO) in den USA, angeschlossen. Die ISO behauptet, China sei nie ein Arbeiterstaat gewesen, sondern seit 1949 „staatskapitalistisch“. Diese „Theorie“, die sie auch auf die ehemalige Sowjetunion angewendet hatte, ist ein Feigenblatt für jahrzehntelange antikommunistische Praxis zugunsten des Imperialismus. Die ISO heulte zusammen mit den Imperialisten gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Als sich die sowjetischen Streitkräfte bei dem vergeblichen Versuch der Kremlbürokratie, den Imperialismus zu beschwichtigen, 1988/89 aus Afghanistan zurückzogen, freute sich die ISO hämisch, „wir [heißen] die Niederlage der Russen in Afghanistan willkommen. Sie wird all diejenigen ermutigen, die innerhalb der UdSSR und in Osteuropa die Herrschaft von Stalins Erben brechen wollen“ (*Socialist Worker*, Mai 1988). Drei Jahre später begeisterte sich die britische Socialist Workers Party (SWP), die ehemalige Stammgruppe der ISO: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein“ (*Socialist Worker* [Britannien], 31. August 1991).

In jüngerer Zeit stellte die ISO in einem Artikel mit dem Titel „The Changing Shape of Struggle in China“ ([Die sich wandelnde Form des Kampfes in China] *Socialist Worker* online, 9. Juli) das entsetzliche kommunalistische Blutvergießen in Xinjiang als „klassenbezogene Proteste“ dar und schwärmte groteskerweise, dass „die Revolte in Ürumqi bestätigt, dass weiterhin Basiskämpfe in immer größerem Umfang ausbrechen“.

Auf der anderen Seite des reformistischen Spektrums steht die Party for Socialism and Liberation (PSL). Ein Artikel auf ihrer Website vom 24. Juli, „Behind the Urumqi Riots in China“ [Hinter den Unruhen von Ürumqi], verur-

teilt zwar mit Recht die Imperialisten und ihre Medien, weil sie die Unruhen in Ürumqi für sich ausschlichten, ist aber praktisch eine Apologie der chinesischen Bürokratie. Mit wunderbarem Feingefühl erklärt die PSL, dass die „Beziehungen zwischen dem han-chinesischen und dem uigurischen Volk nicht gerade harmonisch“ sind. Sie erwähnt zwar, dass die „Marktrefor-men“ der KPCh zu „nationalistischen Rivalitäten“ geführt haben, verschweigt aber völlig den Han-Chauvinismus auf Seiten der chinesischen Bürokratie. Tatsächlich betrachtet die PSL die stalinistische Bürokratie als die Hauptbarriere gegen eine Konterrevolution, wenn sie in einem früheren Artikel (10. Februar) schreibt: „Die KPCh-Regierung bleibt trotz all ihrer Widersprüche das wichtigste Hindernis für die Rückführung Chinas in seinen früheren Zustand halbkolonialer Sklaverei.“

In Wirklichkeit wird die Verteidigung der proletarischen Staatsmacht in China durch die fortgesetzte Herrschaft der KPCh untergraben. Entgegen den Behauptungen der PSL bewahrt die Bürokratie das Staatseigentum nicht aus einer subjektiven Identifizierung mit dem Sozialismus heraus, sondern, wie Trotzki in *Verratene Revolution* (1936) in Bezug auf die Sowjetunion schrieb, „nur insofern sie das Proletariat fürchtet“ – d. h. um ihre privilegierte Position als parasitäre Kaste auf dem Rücken des Arbeiterstaates zu bewahren.

Für internationale proletarische Revolution!

Das KPCh-Regime verurteilt den Weltkongress der Uiguren als „separatistisch“. Tatsächlich rufen Kadeer & Co. im Moment nicht offen dazu auf, Xinjiang von China loszulösen und einen unabhängigen Staat zu gründen, obgleich dies offenkundig ihr Ziel ist. Die uigurischen Heiligen Krieger fordern ein unabhängiges „islamisches Ostturkestan“. Als proletarische Internationalisten betrachten wir die gegenwärtigen Staatsgrenzen Chinas nicht als unantastbar. Doch alle Kräfte, die heute ein unabhängiges Xinjiang befürworten oder unterstützen, befinden sich im Lager der kapitalistischen Konterrevolution. Darüber hinaus würde die Forderung nach einem unabhängigen Xinjiang, selbst wenn sie in eine noch so „demokratische“ Rhetorik gekleidet wäre, von jedem in der Region als Programm zur Vertreibung der Han-Bevölkerung verstanden werden.

Man kann sich eine fortschrittliche Lösung für den nationalen Konflikt in Xinjiang nur im Rahmen einer proletarisch-politischen Revolution in ganz China vorstellen. Diese würde historische Möglichkeiten eröffnen, die jetzt nicht existieren: regionale Autonomie in irgendeiner Form, selbst ein mit China verbündeter unabhängiger Staat.

Das chinesische stalinistische Regime Hu Jintaos erklärt eine „harmonische Gesellschaft“ zum Ziel seiner Politik und seines Handelns. Es ist eine grundlegende Prämisse des Marxismus, dass eine harmonische Gesellschaft nur durch die Überwindung wirtschaftlichen Mangels auf dem Weg zu materiellem Überfluss erreicht werden kann. Trotz seines rasanten Wirtschaftswachstums ist China, gemessen an internationalen Maßstäben, immer noch ein relativ armes Land. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt ein Zehntel dessen der Vereinigten Staaten und ein Siebtel dessen von Japan.

Das Überleben und die Weiterentwicklung von Chinas revolutionären Errungenschaften hängen letzten Endes vom Kampf für die sozialistische Revolution in Japan, Nordamerika und Westeuropa ab, fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Das ist der einzige Weg zur umfassenden Modernisierung Chinas im Rahmen einer internationalen geplanten Wirtschaft. Eine proletarisch-politische Revolution, die ein China von Arbeiter- und Bauernräten hervorbringt, wäre ein Leuchtfeuer für die unterdrückten werktätigen Massen Asiens und der ganzen Welt. Das ist die Perspektive der Internationalen Kommunistischen Liga. ■

SPARTAKIST

Der ethnische Konflikt in Xinjiang und die Widersprüche des deformierten Arbeiterstaats China



AFP

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 941, 28. August, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Anfang Juli brachen in Ürümqi, der Provinzhauptstadt des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang in Westchina gewalttätige nationale Auseinandersetzungen aus. Sie begannen am 5. Juli, als Hunderte von Uiguren – ein turksprachiges, traditionell islamisches Volk – einen mörderischen Amoklauf gegen ihre han-chinesischen Nachbarn verübten. Han-Mobs zahlten es ihnen daraufhin mit gleicher Münze heim. Die chinesische Regierung gab die Zahl der Getöteten mit 197 an, die meisten von ihnen Han-Chinesen, und es wurden etwa 1600 verletzt. Um dem interethnischen Blutvergießen Einhalt zu gebieten, brachten die Regierungsbehörden massive Polizeikräfte zum Einsatz, und 20000 Soldaten patrouillierten sowohl in Han- als auch in uigurischen Wohngebieten.

Von Anfang an behauptete das Beijinger Regime ohne überzeugende Beweise, die Unruhen in Ürümqi seien von den antichinesischen Nationalisten des Weltkongresses der Uiguren (WUC) angezettelt worden, einer von den Imperialisten finanzierten, vor allem in den USA und in Deutschland ansässigen Gruppe. Natürlich zeichnet der WUC von den Geschehnissen, die zu den Unruhen führten, ein völlig



Reuters

Ethnischer Konflikt in Xinjiang, Juli 2009: Verletzte han-chinesische Frauen im Krankenhaus (links); Uiguren hinter einer Straßensperre in ihrem Viertel (rechts)

anderes Bild als die chinesische Regierung. Er behauptet, am 5. Juli sei ein friedlicher Protest von Uiguren, hauptsächlich Studenten, von der Polizei überfallen worden, die das Feuer auf die Demonstranten eröffnet habe, ohne provoziert worden zu sein. Die chinesische Regierung wiederum sagt, die von ihr ausgeübten Repressionsmaßnahmen seien eine Reaktion auf die Gewalt, nicht ihre Ursache gewesen. Wir sind ziemlich weit entfernt vom Geschehen, und jede Quelle – sei es die chinesische Regierung, der WUC oder die imperialistischen Medien – hat ihre eigenen Motive bei der Darstellung der Ereignisse. Klar ist jedoch, dass die Vorfälle vom 5. Juli, wie sie auch immer angefangen haben mögen, alsbald in kommunalistische Gewalt ausarteten. Selbst der Londoner *Economist* (11. Juli), Hausorgan der anglo-amerikanischen Finanziers, erklärte: „Die Gewalt in Xinjiang war auf beiden Seiten eine rohe, rassistische Angelegenheit, wobei die Han-Chinesen Hauptleidtragende waren.“

Auslöser der Unruhen in Ürümqi war ein Vorfall, der sich Tausende Kilometer entfernt in der südostchinesischen Küstenprovinz Guangdong zugetragen hatte. Ende Juni wurden uigurische Wanderarbeiter, die im Wohnheim einer Spielzeugfabrik wohnten, die Hongkonger Kapitalisten gehört,

Fortgesetzt auf Seite 19

**Verteidigt den chinesischen deformierten Arbeiterstaat!
Für politisch-proletarische Revolution!**